

Die "Freiheit" erscheint zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen "Frau Welt" - "Frauen-Welt" und "Der Jugend Genosse". Der Abonnementspreis beträgt bei freier Zustellung des Haus monatlich 21.- Mk. für den Monat Februar, im voraus zahlbar. Für Postzug werden sämtliche Postkontingente berücksichtigt. Unter Streifenband besorgen die Deutschen, Belgier, das Saar- und Rheingebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Ostens und Kurland 25.- Mk., für das übrige Ausland 27.- Mk.

Die druckpolizeiliche Anzeigenliste über deren Raum hatet 2.- Mk. einschließlich Anzeigensteuer. Kleine Anzeigen: Das fertige Blatt 2.50 Mk., jedes weitere Wort 1.75 Mk. einschließlich Anzeigensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 4.50 Mk. netto pro Zeile. Stellen-Angebote in Wort-Anzeigen: das fertige Blatt 2.- Mk., jedes weitere Wort 1.50 Mk.

Fernsprecher: Zentrum 152 30-152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Um deine Sache handelt es sich!

Von Th. Dan

Wir gehen nachstehend die Ausführungen des kürzlich, nach seiner Entlassung aus dem Moskauer Gefängnis aus Rußland ausgewiesenen Mitgliedes des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Th. Dan, wieder, die namentlich im Hinblick auf die Frankfurter Konferenz von allgemeinem Interesse sind.

Die Schaffung einer einheitlichen proletarischen Front, der Zusammenschluß aller Arbeiter im Kampfe gegen die Bourgeoisie wird dem Bewußtsein der proletarischen Massen durch den ganzen Gang der Nachkriegsereignisse eingepreßt. Die Zerschmetterung der Arbeiterarmee in eine Anzahl sich beständig bekämpfender Gruppen hat in der ersten, offensiven Periode dieser Epoche eine verhängnisvolle Rolle gespielt und zum Mißlingen aller Versuche der Arbeiterklasse geführt, von der Staatsgewalt Besitz zu ergreifen und sie zur Aufrichtung einer neuen gesellschaftlichen Ordnung auszunutzen. Jetzt, wo das Proletariat für kürzere oder längere Zeit genötigt ist, vom Angriff zur Verteidigung überzugehen, tritt es noch deutlicher hervor, daß die Arbeiterklasse sich nur durch gemeinsame Anspannung aller ihrer Kräfte vor Niedergang und Verfall bewahren und die eroberten Positionen als Ausgangspunkt einer neuen Offensive unter günstigeren Bedingungen in ihren Händen behalten kann. Die Arbeitslosenstatistik zeigt deutlich genug, daß die Kampfbedingungen des Proletariats nicht nur in den besiegten Ländern außerordentlich schwer sind; auch in den Siegerländern ist das Problem der Schaffung einer proletarischen Einheitsfront von dem brennendsten praktischen Interesse für die breiten Massen der Arbeiterschaft.

Das Drängen der Massen in dieser Richtung ist so stark, daß ihm gegenüber selbst die Kommunisten nicht standhalten konnten, für die die Spaltung aller Formen der proletarischen Organisation bis zur jüngsten Zeit eine Art Prinzip darstellte, einen jener herkömmlichen 21 Glaubensartikel, die von der Dritten Internationale den Gläubigen empfohlen wurden als das allein festmachende Rezept für die Schaffung einer „wahrhaft“ sozialistischen und revolutionären Bewegung.

Theoretisch haben die Kommunisten auch heute nicht die ganze Frage zu Ende gedacht. Die alten sektiererischen Dogmen und die Verhänge einer neuen Praxis lagern in chaotischer Unordnung nebeneinander. Die Sozialdemokraten aller Schattierungen werden nach wie vor als „Verräter“, als „Lafaien der Bourgeoisie“ usw. beschimpft, gleichzeitig jedoch werden Anknüpfungspunkte mit ihnen zum Zweck gemeinsamer Aktionen gesucht. Der Amsterdamer Gewerkschaftsbund wird noch immer als „gelb“ bezeichnet, aber zu derselben Zeit sucht man mit ihm in eine geregelte Verbindung zu treten.

Dieser theoretische Wirrwarr ist nicht nur eine Folge der Unfähigkeit, die eigenen Gedanken zu Ende zu denken. Ihm liegt zweifellos auch eine tüchtige Portion der Gewissenlosigkeit der Führer zugrunde, die mit polemischen Aufsprüngen ihre Abneigung zu verhüllen suchen, ihre theoretischen und praktischen Fehler ehrlich und offen einzugestehen. Dies alles wäre aber nicht so schlimm, wenn es sich lediglich um kommunistische Parteien handelte, die unter ständigem Druck der Arbeitermassen stehen und genötigt sind, mit ihnen zu rechnen. Früher oder später würde dieser Druck auch die eigensinnige Eigenliebe der Führer überwinden können.

Das Hauptunglück besteht darin, daß als geistige, organisatorische und materielle Grundlage der Existenz der kommunistischen Parteien in den entwickelten Industrieländern weniger das Proletariat dieser Länder als der russische Bolschewismus dient. Dieser jedoch löst sich mit jedem Tage immer mehr von dem Druck der Arbeitermassen los und unterwirft umgekehrt diese Massen selbst dem zunehmenden Druck des Staatsapparates, der sich in seinen Händen befindet. Die Abhängigkeit des internationalen Kommunismus von der bolschewistischen Regierung Rußlands setzt die kommunistischen Parteien der anderen Länder in den Stand, weiterzweigende Organisationen mit einer reich subventionierten Presse, einem großen Propagandapparat usw. zu unterhalten, die in keiner Verbindung mit dem Willen und den Stimmungen der proletarischen Massen dieser Länder stehen. Solange dieser Zustand herrscht, muß zur Einschätzung der mutmaßlichen Haltung der kommunistischen Parteien vor allen Dingen die Haltung Moskaus erkannt und richtig eingeschätzt werden. Dies ist auch notwendig in der Frage der sogenannten „Einheitsfront“, zu der scheinbar auch die kommunistischen Parteien Westeuropas hinneigen.

Die russischen Bolschewisten haben sich bekanntlich ebenfalls für die „Einheitsfront“ ausgesprochen. Sie haben das aber zweifellos nur schweren Herzens getan, aus Rücksicht auf die aussichtslose Lage ihrer ausländischen Trabanten. Das ergibt sich schon aus der Tatsache, daß die russischen Bolschewisten die „Einheitsfront“ ausschließlich als „Ausfuhrartikel“ betrachten, der zum inneren Gebrauch in Rußland unbrauchbar ist. Hier in Westeuropa sprechen sie über gemeinsame Aktionen mit den Sozialisten nicht nur der Wiener Arbeitsgemeinschaft, sondern auch der Zweiten Internationale, die sie bisher stets vor den russischen Arbeitern als besetzte Agentur der Enterebourgeoisie dargestellt haben. Daheim in Rußland jedoch, wo die Gewalt in ihren

Die internationale sozialistische Konferenz

Die ersten Beratungen

Drahtmeldung unseres Korrespondenten Frankfurt a. M., 25. Februar.

Die internationale sozialistische Konferenz wurde heute in einem Saal des Rathauses zu Frankfurt a. M. eröffnet.

Zu Vorsitzenden wurden ernannt: Paul Faure, Sekretär der französischen sozialistischen Partei, Lebehour, Deutschland, Wallhaed, England, Tom Shaw, England, Vandervelde, Belgien. Delegierte sind von England: Ben Tillet, A. Purcell (Trade Union Kongress), Howett, Shaw (Engl. Arbeiterpartei), Tillies, Sekretär, Wallhaed und Francis, London (Unabhängige Arbeiterpartei). Frankreich: Leon Blum, Paul Faure, Longuet, Grumbach, Brate, Renaudel und zwei andere Genossen. Deutschland: Adolf Braun, Wolfenbüttel, Hildenbrand, Weis, Stampfer von der Sozialistischen Partei, Bernstein, Hue, Silberstein, Sölkemann und Vogel von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Von der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei: Breitscheid, Dittmann, Dittmann, Crispian, Hülserding, Lebehour, Reisenfeld, Mat. Wurm. Ferner von der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft: Paul Levi und Curt Geiger. Belgien: Vandervelde, Ansele, Sejaridin, Hubin, Bonjas, Hunsmans, de Man, van Noosbroek.

Zunächst wird beschlossen, daß die Verhandlungen keinen öffentlichen Charakter haben, und daß die Presse nicht zugelassen werden soll. Der sozialistischen Presse wird das Komitee der Konferenz einen offiziellen Bericht übergeben.

Von der französischen Partei wird der Konferenz ein Exposé über die Reparationen und der Entwaffnungsfrage vorgelegt. Die Konferenz beschließt, daß zunächst die einzelnen Delegationen dieses Exposé prüfen und erst hernach die zu bestimmende Kommission die Beratungen aufnehmen soll. Nachdem noch die im voraus aufgestellten Kommissionen durch Hinzuzugabe deutscher Vertreter (2 Vertreter der S. P. D. und 2 Vertreter der U. S. P. D.) für jede Kommission ergänzt wurden, wird die Sitzung bis 5 Uhr nachmittags vertagt, um der französischen Delegation die Möglichkeit zu geben, ein Resumé vorzubereiten.

Außer den offiziellen Delegierten der geladenen Parteien wohnten der Konferenz als Gäste bei: Genosse Fritz Adler (Österreich), Andersen (Dänemark), Schröder (Sozialrevolutionäre Partei Rußlands), Grimm (Sozialistische Partei der Schweiz) und Bliegen (Sozialistische Partei Hollands).

In der Nachmittagsitzung sprach Genosse Serati von der italienischen sozialistischen Partei. Er wurde vom Vorsitzenden begrüßt und von den Delegierten mit Beifallsbezeugungen empfangen. Er wird in beiden Kommissionen mitarbeiten.

Frankreich und Rußland

Was Radel angeboten hat

Paris, 25. Februar.

Der sozialistische Abgeordnete Leon Blum schreibt im „Populaire“, nicht ohne Grund habe Poincaré in der Kammer den besonders lebenswürdigen Ton der Funksprüche Tschitscherins an ihn hervorgehoben. Die französische öffentliche Meinung solle anscheinend auf ein Abkommen mit den Sowjets vorbereitet werden, über das man unter der Hand verhandelt. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß die französischen Sozialisten als erste Beifall spenden würden, wenn es sich bei diesem Ab-

Händen ruht, wenden sie gegenüber allen Sozialisten ohne Ausnahme nach wie vor die härtesten Repressalien an. Unsere Sozialdemokratische Arbeiterpartei ist de facto in eine illegale Partei verwandelt; ihre Mitglieder werden in die Gefängnisse gesperrt und entweder nach wüsten Ortspfänden Rußlands oder nach dem Ausland verbannt — nur damit die Partei von dem russischen Proletariat ferngehalten wird, in deren Reihen sie mehr als ein Vierteljahrhundert ihre Tätigkeit ausübt. Die Sozialrevolutionäre aller Schattierungen werden in nicht geringerem Maße verfolgt. Von den „rechten“ ebenso wie von den „linken“ Sozialrevolutionären sitzen hunderte ohne Gericht und Untersuchung 1 1/2, 2 und sogar 3 Jahre im Gefängnis, darunter Leute, die 8, 10 und mehr Jahre in den zarischen Zuchthäusern geschmachtet haben!

Allen diesen Verfolgungen werden die Sozialisten nicht wegen irgendwelcher „Verbrechen“ gegen die Majestät des Bolschewismus ausgeliefert, sondern einzig und allein wegen ihrer Zugehörigkeit zu Parteien, die anderer Auffassung sind über die Methoden des Kampfes für den Sozialismus und die den Mut haben, ihre Anschauungen offen vor den Arbeitern zu vertreten, wenn es ihnen gelingt, in Versammlungen aufzutreten oder unter großen Mühen und Opfern jene dürftigen, oft nur auf hektographischem Wege vervielfältigten Flugblätter herzustellen, die die einzige freie Meinungsäußerung bilden in einem Lande, in dem, nach fünf Jahren Revolution, die Freiheit der Versammlungen, der Verbände, des Wortes und der Presse das Monopol der Regierung bildet! Hier in West-

kommen nur um die Wiederaufnahme der normalen Beziehungen, um die wirtschaftliche Unterstützung und um die Anerkennung der Sowjetregierung durch Frankreich handelte. Offenbar werde aber etwas ganz anderes betrieben. Das Interview des „Matin“ mit Radel würde genügen, um zu bezeugen, daß Radel nicht nur ein Wirtschaftsabkommen, sondern eine politische und militärische Allianz anbiete, die Frankreich die Möglichkeit gebe, auf Deutschland einen Druck auszuüben und Englands Bäume nicht in den Himmel wachsen zu lassen.

Die Dunkelkammer

Poincaré und Lloyd George in Boulogne

EE. Paris, 25. Februar.

Poincaré ist um 11.40 Uhr, Lloyd George um 2.45 Uhr in Boulogne-sur-Mer eingetroffen. Der französische Ministerpräsident ist vom Direktor des Auswärtigen Amtes, Ceretti della Rocca, und dem Dolmetscher Camerlynck, Lloyd George vom dem Sekretär des englischen Kabinetts Henley und seinem Sekretär Silvester begleitet. Die Unterredung begann sofort in der Unterpräfectur von Boulogne. Ihr Inhalt wird streng geheim gehalten. Es sind alle erdenklichen Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden, damit über den Gang der Besprechungen nichts in die Öffentlichkeit dringe. Es wird nur eine gemeinsame Mitteilung herausgegeben werden.

Die Anleihe für Oesterreich

Wien, 25. Februar.

Das in London tagende Finanzkomitee des Völkerbundes hat an die österreichische Regierung die telegraphische Einladung gerichtet, einen Finanzfachverständigen nach London zu entsenden, der bei der Beratung über die Fortsetzung der Aktion des Völkerbundes mitwirken und die notwendigen Auskünfte erteilen soll. Die Regierung hat den Minister a. D. Dr. Grimm mit dieser Aufgabe betraut, er hat sich bereits heute abend nach London begeben. Heute wurde vereinbart, daß die Verhandlungen zwischen den Parteien des Nationalrats am Dienstag aufgenommen werden sollen. Zu diesen Verhandlungen, in denen über die Verwendung der Auslandskredite und den Finanzplan der Regierung beraten werden soll, wird auch die Regierung eingeladen werden.

Schweres Grubenunglück

Gleiwitz, 25. Februar.

Gestern abend brach auf der Gleiwitzer Grube in einem Zimmerschacht ein Brand aus, der sich auf einen Stapel und einen Brandschacht ausdehnte. 75 Mann, die sich in dieser Gegend befanden, wurden durch Kohlenoxyd-Gase betäubt. Es gelang, sie ins Leben zurückzuführen. Heute ist in der 185-Meter-Sohle in der Nähe eines starken Kohlenflözes abermals Feuer ausgebrochen. Nach den bisherigen Feststellungen ist Brandstiftung anzunehmen, die auf politische Motive zurückgeführt wird. Die Grubenverwaltung ist durch diese verhängnisvollen Brände gezwungen, die Belegschaften um 500 Mann zu verringern.

Europa sprechen die Bolschewisten von gemeinsamen Aktionen mit denselben sozialistischen Parteien, deren Existenz sie dabei in ihrem eigenen Lande ebensowenig dulden wie die Existenz irgendeiner freien, wenn auch parteilosen Arbeiterorganisation. Kann es einen krasserem Beweis für die Heuchelei und die Unaufrichtigkeit der bolschewistischen Taktik geben?

In ihrer Presse versuchen freilich die russischen Bolschewisten, ihre zweideutige Haltung dadurch zu rechtfertigen, daß die Sozialisten in Westeuropa angeblich „den rechten Flügel des Proletariats“ in Rußland dagegen den „linken Flügel der Bourgeoisie“ bilden. Wen soll aber diese Argumentation noch irreführen? Haben nicht schon die Kommunisten in allen Ländern, ausgerüstet mit dem Segen Moskaus, alle Sozialisten der betreffenden Länder als „Agenten der Bourgeoisie“ bezeichnet? Und haben nicht Lenin und Trozki in höchst eigener Person einen solchen Mann wie Karl Kautsky als „Renegaten“ und als „Agenten der Bourgeoisie“ beschimpft?

Die Bolschewisten sehen übrigens selber sehr wohl ein, daß sie mit dieser Unterscheidung zwischen russischen und westeuropäischen Sozialisten niemand zu überzeugen vermögen. Deshalb erklären sie, zur Beruhigung ihrer betroffenen Anhänger, offen in ihren Zeitungen, daß sie auch bei ihrer Annäherung an den „rechten Flügel des Proletariats“ in Westeuropa besonders diese Ziele verfolgen. Es handele sich nicht darum, eine tatsächliche Verständigung aller Arbeiterparteien über gemeinsame Aktionen im Kampfe gegen die Bourgeoisie herbeizuführen, sondern lediglich darum,

durch Aufrollung der Frage der Einheitsfront die Möglich-
keit zu erlangen, an die Massen „über die Köpfe der Führer
hinweg“ zu appellieren, diese Führer vor den Massen zu
„entlarven“ usw. usw. — mit einem Wort: die wohlbekannte
alte Taktik, die bereits soviel Unheil angerichtet hat.

So führt die Logik der inneren Politik der Bolschewisten,
die Logik ihres grausamen Kampfes gegen andersdenkende
Sozialisten in Rußland, unweigerlich dahin, daß auch die
Frage der „Einheitsfront“ aus einer Frage des Kampfes
gegen die Bourgeoisie von den Kommunisten in
eine Frage des Kampfes gegen die anderen Ar-
beiterparteien und eine neue Desorgani-
sation der Arbeiterbewegung verwandelt wird.
In dieser Richtung werden die russischen Bolschewisten auch
die kommunistischen Parteien der anderen Länder weitertreiben
müssen, und soweit die russischen Bolschewisten, aus den
oben angeführten Gründen, eine ausschlaggebende Rolle in
der kommunistischen Internationale spielen, droht diese
Lage das ganze Werk der proletarischen Einheitsfront, das
mit den Lebensinteressen der breitesten Arbeiterkreise eng
verknüpft ist, auf das äußerste zu gefährden. Die Frage
der politischen Rechtfertigung der Arbeiter-
in Rußland und der schmählichen Verfol-
gungen der russischen Sozialisten hat dem-
nach ausgeht, eine innere russische Frage
zusein. Sie ist jetzt eine Frage der inter-
nationalen Arbeiterbewegung geworden.

Das bedeutet freilich nicht, daß die revolutionären Sozial-
demokraten der anderen Länder, angefaßt der schmählichen
Haltung der russischen Bolschewisten, ihnen dadurch in die
Hände arbeiten sollen, daß sie die ersten Schritte zur Ver-
einigung aller proletarischen Kräfte, zum gemeinsamen
Kampf gegen die Bourgeoisie erschweren oder unmöglich
machen. Es muß im Gegenteil alles versucht werden, um
ungeachtet der bolschewistischen Rohheiten überall, wo nur
möglich, ehrlich und aufrichtig eine Annäherung und Ver-
ständigung mit allen proletarischen Parteien herbeizuführen.
Das bedeutet aber auch, daß die Lage der Arbeiter und
Sozialisten in Rußland von den Arbeitermassen Europas und
Amerikas nicht mehr mit Schweigen umgangen werden darf,
sondern daß diese Frage im Gegenteil ihre fortgesetzte auf-
merksamste Beachtung erfordert.

Der internationale Zusammenschluß der proletarischen Be-
wegung hat bereits, ob gut oder schlecht, eine solche Stärke
erreicht, daß man durch Aufrollung der Frage über die Ver-
folgungen der Arbeiterorganisationen und der sozialistischen
Parteien in Rußland den Arbeitern Deutschlands, Frank-
reichs, Englands, Italiens usw. mit Recht sagen kann: „Tua
res agitur“ — um deine Sache handelt es sich!

Großkampftage in München

Hausdurchsuchung bei Poehner — Entrüstung in Bayern

Die Hausdurchsuchungen in den deutschnationalen Nordberatern in
München werden unter Oberaufsicht der bayerischen Staatsanwaltschaft
fortgesetzt. Bei der Durchsuchung der Wohnung des Botschafts-
hauptmanns Adolf Müller wurden zwölf Herren und
eine Privatsekretärin als Protokollführerin bei einer Geheim-
sitzung überrascht und von der Polizei aus ihren verschiedenen
Verstecken hervorgeholt. Unter den Verschwörern befand sich auch
ein Ungar vom Verein der „Erwachenden Ungarn“, jener Organi-
sation, die im Lande des Herrn Horty die abschaulichsten
Terrorakte ausübt und mit der die bayerischen Faschisten sehr enge
Beziehungen angeknüpft haben. Major Blisch und Oberst
Bauer waren dabei die Vermittler.

An der in München ausgehobenen Sitzung nahm ferner der
frühere Leiter der politischen Polizeistelle in Bamberg, Regie-
rungsrat Graf Soden, teil, von dem wir wiederholt Geheim-
berichte veröffentlichten konnten, die zur Umgehung der Ent-
waffnungsvorschriften und zur Bildung geheimer militärischer
Formationen aufforderten. Auch bei dem früheren Polizeipräsidenten
Poehner, der jetzt das Amt eines Oberlandesgerichts-
rats (!!) bekleidet, wurde gehäusucht, allerdings ergebnis-
los. Poehner ist selbstverständlich zu scham, der Polizei schrift-
liches Material in die Hände fallen zu lassen. Er ist aber zweifel-
los einer der Hauptbeteiligten, denn er hat nachweisbar
nicht nur die strafrechtlich verfolgten Kappverbrecher vor Verfol-
gungen geschützt, sondern auch mit der deutschnationalen Mörder-
zentrale Verbindungen unterhalten und ihr durch Ausstellen ge-
fälschter Pässe Handlangerdienste geleistet. Dieser Mann
muß deshalb unbedingt in Haft genommen werden, wenn das
Treiben der Münchener Faschisten und die Pläne der deutsch-
nationalen Mörderzentrale restlos aufgedeckt werden sollen.

Die Berliner Reichspressen ist ebenso wie die Münchener rechts-
radikale Presse empört über das Vorgehen der bayerischen
Staatsanwaltschaft. Daß man auf einmal versucht, deutsch-
nationalen Mördern auf den Leib zu schneiden, ist in der Tat
unverhört, denn bisher haben diese Herrschaften immer große Ver-
günstigungen genossen. Das Blatt des Herrn Wulle
schreibt ironisch von „Großkampftagen in München“ und kündigt
bereits an, daß die Hausdurchsuchungen ein „Rachspiel“ für
die Berliner Regierung haben würden und vielleicht auch eine Ministerkrise in Bayern zeitigen könnten. Wir
wissen nicht, was mit dem „Rachspiel“ für die Reichsregierung
eigentlich gemeint ist. Sollte der bayerische General in Berlin,
Herr Dr. Preger, am Ende gar keine Pässe fordern, weil in
München die deutschnationalen Mörder nicht mehr den Schutz der Be-
hörden genießen dürfen?

Die Aufregung im deutschnationalen Parteilager wird ver-
ständlich, nachdem jetzt auch bekannt geworden ist, daß der ver-
haftete Hauptmann Müller im vorigen Jahre als Ver-
trauensmann der Einwohnerwehr und des Herrn von
Rahr in Berlin mit der Reichsregierung verhandelt hat, um die
Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehr zu hinter-
treiben.

Preußen — kein Hoflieferant?

Ueber die Stellungnahme Preußens in der Frage der Aus-
lieferung des Chepaars Fort und deren rechtlicher Be-
gründung, hören die P. P. N. von zuständiger Stelle, daß das
preußische Kabinett materiell zu der Frage der Auslieferung
überhaupt keine Stellung genommen hat. Preußen war nur in
soweit beteiligt, als das Chepaar auf preussischem Boden ver-
haftet wurde und damit der preussischen Justiz, die Landesache
ist, unterstand. Auf Antrag des Kabinetts hat der preußi-
sche Justizminister Am Zehndorf ein Gutachten über die
Frage der Auslieferung ausgearbeitet. Das Kabinett aber hat
sich in Uebereinstimmung mit dem Justizminister auf den Stand-
punkt gestellt, daß es in der Auslieferungsfrage nicht zu-
ständig sei, sondern daß allein das Reich als Gegenkontrahent
Spaniens über die Auslieferung zu befinden habe, daß die Inter-
pellation des Ausführungsvertrages Sache des Reiches sei. Tat-
sächlich ist auch die bekanntgegebene rechtliche Begründung, die
auch der Reichsjustizminister im Reichstag vertritt, eine Arbeit
des auswärtigen Amtes und des Reichsjustizministeriums.
Die preussische Justiz kam danach nur als Exekutivorgan
für den Beschluß des Reiches in Frage; es hatte die Auslieferung
durchzuführen.

Preußen wäre demnach nicht als Träger des Titels eines
spanischen Hoflieferanten anzusprechen. Demnach bleibt die
Frage offen, in wiefern das Gutachten des preussischen
Justizministeriums dazu beigetragen hat, der Reichsregie-
rung diesen ehrenden Titel zu verschaffen.

Hochverräter!

Unsere beiden Artikel über die deutschnationale Propa-
ganda gegen die sogenannte „Schuldfrage“ haben die „Deut-
sche Tageszeitung“ auf den Plan gerufen. Sie versucht die
dokumentarisch belegten Behauptungen über die deutsche
Schuld am Weltkrieg zu entkräften. Das geschieht nun
nicht etwa dergestalt, daß der Gegenbeweis für die an-
geblühene Unschuld Deutschlands angetreten wird, nein, der
„Deutschen Tageszeitung“ fehlt das Material zur Ent-
kräftung unserer Behauptung und deshalb schimpft sie
wie ein Kohrspatz, bezichtigt uns des Hochverrats und
fragt schließlich: „Wie lange es sich der deutsche Arbeiter
noch gefallen lassen wird, daß raffestrennde Volksbetrüger
Kiemer aus seiner Haut schneiden?“

Die Deutschnationalen wissen, worauf es ankommt. Zur
Stärkung ihrer Macht ist es unbedingt notwendig, der
Öffentlichkeit den Glauben beizubringen, daß Deutschland
in den Weltkrieg hineingetrieben worden sei durch die
Schuld seiner Gegner. Das Doppelspiel der
kaiserlichen Staatsmänner, die verbrecherischen Treibereien
der Alldeutschen, das Drängen der Generalität nach einem
ihm Ansehen bringenden Krieg, und schließlich das Ausweichen
der österreichischen Regierung durch Wilhelm Hohenzollern,
unter allen Umständen einen Krieg mit Serbien herauf-
zubeschwören, der sich unbedingt zum Weltkrieg auswachsen
mußte: das alles sind keine Faktoren, die deutlich von einer
deutschen Schuld reden. Das soll ungehört gemacht werden
durch neue Betrugsmanöver.

Die Spekulation geht dahin, durch Widerlegung
der „Schuldfrage“ das Ansehen der Monarchie wieder
herzustellen. Durch Propaganda der Dolchstoß-
legende soll dann weiter die Revolution als der
wahre Urheber des Zusammenbruchs diskreditiert wer-
den und mit ihr zugleich die Republik und ihre Träger.
Die deutschnationale Propaganda gegen die „Schuldfrage“
ist also in Wirklichkeit nichts weiter als ein monarchistisches
Partei-Manöver, dazu bestimmt, das Ansehen der Republik
zu untergraben, dem monarchistischen Gedanken neue An-
hänger zuzuführen, um die Bahnen zur Wiederherstellung
des verfallenen Systems frei zu machen, das nicht nur über
Deutschland, sondern über die ganze Welt Unheil und Ver-
derben gebracht hat.

Dieses Spiel muß durchschaut werden. Es gilt, die
deutschnationalen Volksbetrüger zu ent-
larven, damit sie nicht zum zweiten Male in die Lage
kommen, das Volk in eine Katastrophe hineinzutreiben, bei
der es die alleinigen Kosten zu tragen haben wird.

Heran an die Futterrippe!

Der deutschnationalen Fraktion im preussischen Landtage ge-
hört der Rechtsanwalt Dr. Herzberg an, der sich bei allen
Justizdebatten als hervorragender Verteidiger der monarchisti-
schen Klassenjustiz und wüster Scharfmacher unangenehm bemer-
kend gemacht hat. Diese grundsätzliche Gegnerschaft gegen die Re-
publik hat indes den Herrn nicht gehindert, sich an die, ach so der-
adertete Futterrippe der Republik heranzuschlingeln. Der Herr,
der bisher Rechtsanwalt in Duisburg war, hat sich, wie der „Vor-
wärts“ gestern Abend mitteilte, um die Vernehmung in den
Staatsdienst beworben. Bei dem Bedürfnis der Republik,
ihre Autorität durch monarchistische Richter zu festigen, ist der
Herr selbstverständlich bereitwillig eingestellt worden. Er wird
als Landgerichtsrat am Landgericht I in Berlin wirken.

Selbstverständlich muß dieser Herr in allen politischen Prozessen
als Befangen abgelehnt werden, um ihm zu Gemüte zu
führen, daß man sich diese deutschnationale Unverschämtheit, zu-
gleich die Republik bekämpfen, aber als ihr Beamter fungieren
wollen, nicht gefallen lassen kann.

Angeklagter Ludendorff

Die Zeitschrift des Reichsbundes jüdischer
Frontsoldaten bringt in ihrer Nummer 4 folgende
Bemerkungen „in eigener Sache“:

„Am 16. Dezember 1921 haben wir an gleicher Stelle Herrn
General Ludendorff die Unrechtmäßigkeit der von ihm in seinem
Buche „Kriegführung und Politik“ gegen die deutschen Juden
im allgemeinen und uns jüdische Frontsoldaten im besonderen
erhörenden Vorwürfe vorgehalten und nachgewiesen. Trotzdem
hat Herr General Ludendorff es bis heute nicht für nötig ge-
halten, auch nur ein Wort der Richtigstellung in die Öffentlichkeit
zu bringen. Wir stellen daher fest, daß Herr General Ludo-
ndorff die Wahrheit kennt und sie nicht sagt und
geistlich die Ehre anderer Menschen mit Füßen
tritt.“

Reichsbund jüdischer Frontsoldaten.
Der Mann mit der blauen Brille und dem Kadettenver-
stand brauchte die Lüge über die Taten zu seiner Kriegs-
theorie. Es ist deshalb zu viel verlangt von einem deutschen
General, daß er die Ehre von Frontkämpfern achtet und die
Wahrheit respektiert, wenn ihm beides bei seiner „Recht-
fertigung“ hinderlich ist!

Die republikanische Reichswehr

Dieser Tage verabschiedete Reichswehrminister Gehler im Reichs-
tag, daß die Reichswehr nunmehr ein festeres Instrument der
Republik sei und daß die Offiziere der Reichswehr auf dem Boden
der Republik stehen. Welchen Wert solche Erklärungen Gehler
haben, zeigt die folgende Mitteilung der „Münchener Post“:

Bei einer Jahrgangsveranlassung der dritten Kompanie des
Reichswehr-Infanterie-Regiments 18, bei der alle Kostüme er-
laubt sein sollten, erschien ein Gefreiter dieser Truppe in einem
Jodelkostüm mit schwarz-rot-goldener Schärpe. So-
gleich nach Beitreten des Saales wurde er von einem Leutnant
und einem Oberfeldwebel aufgefordert, mit hinauszukommen, und
ihm draußen befohlen, die Schärpe sofort abzugeben, da davon
der Major und gewisse andere Leute Anstoß nähmen. Auf
die Entgegnung des Gefreiten, daß die Schärpe ja doch nur die
Reichsfarben trage, erwiderte der Leutnant: „Für uns
kommt nur die Frage schwarz-weiß-rot in Betracht.“ Eine Er-
klärung des Gefreiten dem Oberfeldwebel gegenüber, er werde
die Sache nicht auf sich beruhen lassen, wurde von diesem beant-
wortet: „Jetzt machen Sie keine Sachen, Sie sind doch kein Re-
publikaner!“ Der Gefreite erwiderte: „Doch, ich bin Republi-
kaner, ich habe den Eid geschworen der Regierung zu
dienen und werde diesen Eid auch halten.“ Darauf ließ der Ober-
feldwebel den Gefreiten von drei Mann zum Saal hinauswerfen
und so verhaufen, daß ihm das Blut aus Mund und Nase kam.
Die Schlägerel wurde erst eingeliefert, als noch mehr Soldaten
hinspazierten. Der Gefreite erstarb sofort auf der nächsten Wache
Anzeige.“

Wir sind gespannt, wie Gehler diesen Ausdruck der einwan-
dler republikanischen Gesinnung der Reichswehr erklären wird.

Ein neuer Zwischenfall

Konstanz, 25. Februar.

M. T. B. meldet: Gestern Abend erfolgte eine weihnachtliche
Detonation auf dem Druckergrundstück des „Konstanzer
Stadtblattes“. Es waren mehrere Handgranaten
explodiert worden, um die Maschinen des Blattes zu ver-
nichten. Der Schaden ist bedeutend. Auch das Wohnhaus des
Druckereibesizers Partels wurde beschädigt. Menschenleben sind
nicht zu beklagen. Eine Stunde vor dem Anschlag wurde der
Redakteur des „Stadtblattes“, Kofe, in seiner Privat-
wohnung von einer mehrköpfigen Bande überfallen, die
ihn zwingen wollte, das Material gegen den Redakteur Frank-
hardt von der katholischen „Volkszeitung“ auszuliefern, mit der
das „Stadtblatt“ in Prekäre Lage lag. Wegen dieses Ueber-
falles und des Anschlages ist durch die interalliierte Behörde eine
Untersuchung eingeleitet worden.

Kommunistenprozeß in Belgrad

Todesurteil gegen den Hauptangeklagten

Im Belgrader Attentatsprozeß wurde nach drei
wöchigen Verhandlungen das Urteil gefällt. Es
lautete gegen den Hauptangeklagten Stejslich auf
Tod durch den Strang; ein Angeklagter wurde zu
20, ein anderer zu vier Jahren schweren Kerker, der
ehemaliger kommunistische Abgeordnete Topić zu
zwei Jahren verurteilt. Es wurden von 33 An-
geklagten 14 verurteilt und 19 freigesprochen.

Als der belgische Prinzregent Alexander im Parla-
ment, in der Stupitsina, den Eid auf die Verfassung ge-
leistet hatte, wurde auf ihn bei der Rückfahrt ein Attentat
verübt. Von einem Gerüst wurde auf seinen Wagen
eine Bombe geworfen, die jedoch den Wagen nicht traf; es
wurden sieben Soldaten und drei Privatpersonen verletzt.

Da sich der Attentäter, der sofort verhaftet wurde, als
Kommunist bezeichnete, benutzte die Regierung die Gelegen-
heit, weniger dem Attentäter als der kommunistischen
Partei den Prozeß zu machen. Mit Hilfe von schweren
Mißhandlungen der Angeklagten, auch der Abgeordneten,
während ihrer sieben Monate langen Haft durch die Polizei-
organe, erprete man Aussagen über einen angeblichen Plan
zum Sturz der Regierung. Auf dieser vorgeschalteten Abficht,
durch den Prozeß und die Anklage gegen die Führer der
kommunistischen Partei Südslawiens diese Partei zu ver-
nichten, bauten sich die ganzen Verhandlungen auf. Der
Verteidiger, der frühere Präsident des kommunistischen
Klubs, Trifka Kahlrowitsch, erkannte diese Absicht
und gestaltete sein Plädoyer zu einer großen Rede für die
kommunistische Partei aus, in der er jede Terrorabsicht
und illegale Arbeit bestritt und die in den 21 Moskauer Be-
dingungen geforderte Einigung der Arbeiter innerhalb der
Länder als Beweis für die nationale Gesinnung der Kom-
munisten anführte.

Trotzdem endete der Prozeß mit dem geradezu wahnsin-
nigen Urteil, das natürlich gerade eine der Absicht der
Regierung entgegengesetzte Wirkung auslösen wird.

Um die Aufsichtsräte der Großbanken

Der Zentralverband des Allgemeinen Verbandes der Deutschen
Bankangestellten hat sich in einer außerordentlichen Sitzung am
28. d. M. mit dem an die Reichsregierung gerichteten Antrage der
Banken gegen die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in die
Aufsichtsräte beschäftigt. In diesem Antrage haben die Banken
von der Regierung gefordert, von einer Entsendung von Be-
triebsratsmitgliedern in deren Aufsichtsräte auf Grund des § 75
des Betriebsrätegesetzes die Banken zu entbinden, weil wich-
tige Staatsinteressen dieses erforderlich sind.

Der Zentralverband des Allgemeinen Verbandes der Deutschen
Bankangestellten stellt demgegenüber folgendes fest:

Bereits im Jahre 1920 haben die Großbanken mit ähnlichen
Gesichtspunkten und Begründungen versucht, die Aufsichtsräte und
Berichterstatterpflicht des Arbeitgebers, die im § 71 des Be-
triebsrätegesetzes festgelegt ist, für die Banken außer Kraft zu
setzen. Damals war dieser Antrag an das Arbeitsministerium
zu tun vorgelassen und wurde auch von diesem als dem für diese Frage
zuständigen Ministerium weiter sachlich behandelt und schließlich
zuungunsten der Bankleitungen entschieden. Um so
verwunderlicher muß es erscheinen, wenn jetzt der die Aufsicht-
ratsmitgliedenschaft der Betriebsräte betreffende Antrag der Bank-
leitungen vom Arbeitsministerium an den Herrn Reichs-
finanzminister Hermes abgegeben worden ist. Es steht
das sehr wohl im Einklange mit der bereits seit langer Zeit be-
obachteten Erscheinung, daß der Herr Reichsfinanzminister in die
Arbeitsverhältnisse und Arbeitsbedingungen der Großbanken ent-
scheidend eingzugreifen sich bemüht und dabei für die Wünsche der
Bankleitungen nach jeder Richtung hin stets ein williges Ohr be-
weisen hat. Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestell-
ten ist aber nicht gewillt, derartige Uebergriffe eines unzustän-
digen Ministers in die Rechte der Arbeitnehmer des Bankgewerbes
über sich ergehen zu lassen. Er fordert von der Regierung, daß
im Einklange mit der Verfassung die Arbeiter und An-
gestellten des Bankgewerbes gleichberechtigt an der ge-
samten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven
Kräfte mitzuwirken berufen werden. Eine derartige Mit-
wirkung der Arbeitnehmer ist aber ausgeschlossen, wenn im Sinne
der Bankleitungen gegen sie entschieden würde, daß wichtige
Staatsinteressen ihre Mitwirkung in den Aufsichtsräten der Be-
triebe unmöglich machen.

Im Gegensatz zu dieser Auffassung der Bankleitungen steht der
Vorstand des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankange-
stellten auf dem Standpunkt, daß die Staatsinteressen gerade eine
Mitarbeit der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten der Großbanken
gebieten fordern. Eine Gefährdung dieser Interessen droht dem
Staate in viel höherem Umfange von den privatwirtschaftlich
orientierten Vertretern der kapitalistischen Interessen, die ihr per-
sönliches Gewinninteresse dem Allgemeininteresse unter allen Um-
ständen voranzustellen gewohnt sind, als von den Vertretern der
Arbeit, die auf Grund des Vertrauens von Tausenden ihrer Be-
zugsgenossen in den Aufsichtsrat entsandt werden.

Der Vorstand erinnert weiter daran, daß das Betriebsrätegesetz
bereits den Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat Gefängnis-
strafen bis zu einem Jahre androht, wenn sie unbefugt vertrau-
liche Angaben, die ihnen als Angehörige einer Betriebsvertretung
bekannt werden und als solche bezeichnet worden sind, in der Ab-
sicht, sich oder einem anderen Vermögensvorteile zu verschaffen oder
dem Arbeitgeber Schaden zuzufügen, offenbaren. Für die kapita-
listisch orientierten Mitglieder der Aufsichtsräte
bestehen bisher keinerlei Strafbestimmungen, die sie
an einer derartigen Verwertung der zu ihrer Kenntnis gelangenden
Geschäftsinterna hindern.

Der Vorstand des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bank-
angestellten richtet daher an Regierung und Parlament,
das Geschieden, die gefährdeten Interessen einer der wichtigsten
Arbeitnehmerkategorien des Wirtschaftslebens gegen die Uebergriffe
des Bankkapitals zu schützen.

Die Verschacherung der Bodenschätze

Einspruch des Reichswirtschaftsministers

Von interessierter Seite wird behauptet, daß die von dem Berliner Bankier Herzfeld durchgeführte Finanzaktion nicht das Ziel habe, Kalibest in die Hände des ausländischen Kapitals zu bringen, sondern daß dadurch die Konzentrierung der Industrie gefördert werden solle. Wolffs Bureau verbreitete gestern folgende Meldung:

Wie wir von unterrichteter Seite hören, sind die von der Disconto-Gesellschaft in Gemeinschaft mit der Nationalbank für Deutschland, der Mitteldeutschen Creditbank und der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.G. mit der Firma Hugo J. Herzfeld geführten Verhandlungen über den Erwerb ihres Beteiligtes an Leopoldshall- und Westeregeln-Aktien zu einem gewissen Abschluß gelangt. Im Anschluß daran sind Verhandlungen nicht nur mit den genannten Kaliberwerken, sondern auch mit den Kaliwerken Usherleben und der Salzdelfurth A.G. eingeleitet worden, um einen engen Zusammenschluß dieser 4 Werke unter Führung der Salzdelfurth A.G. unter voller Aufrechterhaltung ihrer Selbstständigkeit herbeizuführen. Nachdem durch den Erwerb der im Besitz des anhaltischen Fiskus befindlichen gewesenen Aktien der Salzdelfurth A.G. durch die Verein. Chemischen Werke Leopoldshall fast die gesamten Aktien der Salzdelfurth A.G. nunmehr im Besitz privater Kapitalisten sich befinden, darf angenommen werden, daß diese Bestrebungen zum Ziele führen und daß damit die Salzdelfurth A.G. zu einem der führenden deutschen Kali-Konzerne ausgebaut werden wird.

Es wird weiter mitgeteilt, daß durch diese Konzentrationsbewegung eine rationellere Bewirtschaftung und lukrativere Gestaltung der großen deutschen Kaliunternehmungen bezweckt werden soll und daher durchaus im Interesse der deutschen Volkswirtschaft liege. Von einer Gefahr der Ueberfremdung könne schon im Hinblick auf die hinter dem Unternehmen stehenden Banken und sonstigen Persönlichkeiten absolut nicht die Rede sein. Wenn die Vertreter des Kapitals von dem Interesse der Volkswirtschaft reden, so weiß man, was darunter gemeint ist: das private Interesse des Unternehmertums. Die Namen der dabei beteiligten Banken und Persönlichkeiten bieten durchaus keine Gewähr dafür, daß nicht trotzdem ausländisches Kapital die Hände im Spiel hat. Mit vollem Recht hat daher der Reichswirtschaftsminister gegen den Verkauf des Aktienbesitzes des Anhaltischen Staates an dem Kaliwerk Salzdelfurth an die Vereinigten Chemischen Werke zu Leopoldshall Einspruch erhoben.

Wir lenken aber die Aufmerksamkeit des Reichswirtschaftsministers noch auf einen Vorgang ähnlicher Art. Hierbei ist die Situation insofern klarer, als das ausländische Kapital, trotzdem mindestens ebenso angesehen Leute aus Deutschland daran beteiligt sind wie in dem Kalifalle, ganz ohne Scheiter auf den Plan tritt. Wolffs Bureau meldet:

Vom Stahlwerke-Beder-Konzern hat ein schweizerisch-deutsch-französisches Syndikat die Majorität der Aktien der Steinkohlenbergwerke A.G. in Bochum erworben.

Die Verschacherung deutscher Bodenschätze an das ausländische Kapital wird also munter fortgesetzt. Der Stahlwerke-Beder-Konzern darf sich darauf berufen, daß schon vor ihm ähnliche Transaktionen durchgeführt worden sind. So ist beim Sichel-Konzern in Mainz, der weitgehende Interessen und Privilegien im Westen hat, deutsches und ausländisches Kapital so durcheinander gewürfelt, daß seine Unternehmungen sich bereits zum großen Teile unter der Kontrolle fremder Kapitalbesitzer befinden. Von anderen Konzernen im Westen gilt ähnliches; am großzügigsten ist ja darin Herr Hugo Stinnes, der am liebsten den ganzen Reichsbesitz, besonders die Eisenbahnen, der Verfügung des deutschen Volkes entziehen und sie dem internationalen Kapital in die Hände spielen will.

Es ist nicht genug damit getan, daß der Reichswirtschaftsminister gegen den Verkauf des Aktienbesitzes des anhaltischen Staates Einspruch erhebt; es wird vielmehr höchste Zeit, daß die Bestimmungen der Reichsverfassung, wonach alle Bodenschätze und alle wirtschaftlich nutzbaren Naturkräfte unter Aufsicht des Staates stehen, verwirklicht, daß an die Sozialisierung des Bergbaues herangegangen wird.

Ein wichtiger Beschluß

Rechtssozialisten gegen das Steuerkompromiß

Die Rechtssozialisten preisen in allen Tonarten den „Erfolg“, den das mit den Demokraten, dem Zentrum und der Stinnespartei vereinbarte Steuerkompromiß darstellt, und durch das die Arbeiter mit neuen Milliardenlasten bedacht werden. Aber so sehr auch sie sich bemühen, den rechtssozialistischen Arbeitern die Sache schmackhaft zu machen, diesmal scheitern die Schwindelnummer zu verlagern. In einer von 800 rechtssozialistischen Funktionären aus dem ehemaligen 4., 5., 6. und 8. sächsischen Reichstagswahlkreis besuchten Konferenz in Lößnitz bei Dresden, wurde nämlich gegen 6 Stimmen eine Resolution angenommen, welche das von der rechtssozialistischen Reichstagsfraktion mitgeschlossene Steuerkompromiß verurteilt, die Erlassung der Sachverhalte fordert und die Unzufriedenheit mit der Arbeit der Reichstagsfraktion bei der Behandlung dieser Frage ausdrückt. Ferner fand ein Zusatzantrag, der nach dem hinterhältigen Verhalten der Deutschen Volkspartei bei der Lösung des Steuerproblems, den Gedanken der großen Koalition ablehnt, gegen zwei Stimmen Annahme.

Ein wertvolles Geständnis

Die Sorge um den Profit

Wenn in den Wahlkämpfen die Deutschnationale Volkspartei als die ausgesprochene Vertretung der Großagrarier bezeichnet wird, dann pflegt diese Charakteristik von den Aposteln dieser Partei mit großer fittlicher Entrüstung zurückgewiesen zu werden. Die Deutschnationalen wollen nichts als die Interessenvertreter der weiten Kreise des Volkes verhassten Großagrarier und Krantjunker gelten.

Nun hat aber die Angst vor der politischen Konkurrenz dem führenden deutschnationalen Organ, der „Deutschen Tageszeitung“, ein recht wertvolles Geständnis entlockt. Der „großartige Verlauf“ der antisemitischen Kadaververanstaltungen — Landbundtagungen — und die Erfolge der eigenen Landbundlisten bei den Landtagwahlen in Thüringen, Hessen und Baden ist den Agrariern zu Kopfe gestiegen. Sie wollen nun allgemein dazu übergeben, eigene Listen bei allen Wahlen aufzustellen, und das beängigt die Deutschnationalen. Daher weist die „Deutsche Tageszeitung“ in ihrer Sonnabendabendnummer nach, daß sich die Agrarier gar keine bessere Vertretung ihrer Wählerinteressen wünschen können, als es die Rechtsparteien, besonders die Deutschnationalen, jetzt schon sind.

Würden die Agrarier durch eigene Listen, so wird in dem Blatt ausgeführt, den Rechtsparteien die Stimmen der landwirtschaftlichen Wähler entziehen, dann müßten auch diese Parteien dazu übergehen, mehr die Interessen der Konsumenten zu vertreten. Dann heißt es wörtlich:

„Von diesem Augenblick aber ist die Tätigkeit der gedachten Landbundesfraktion zur Unfruchtbarkeit verurteilt; denn wenn in Deutschland die Scheidelinie zwischen Konsumenten und Produzenten gezogen wird, bleiben wir Produzenten in hoffnungsloser Minderheit.“

Klarer kann es gar nicht ausgesprochen werden: Die Vertretung der Agrarierinteressen durch die Rechtsparteien dient dazu, der großen Mehrheit der Konsumenten den Willen der „hoffnungslosen Minderheit“ von Produzenten aufzuzwingen. Es ist die Angst um den Profit, der bei einer allgemeinen Vertretung der Konsumenteninteressen durch alle Parteien empfindlich geschwächt werden könnte. Man kann den Herrschaften für dieses offene Geständnis nur dankbar sein.

Der Geist des Goldes

Wie Bankdirektoren Millionen verdienen

Aus Bankkreisen wird uns geschrieben: Die Deutsche Bank ist bekanntlich das größte Institut für die Befolgung von Geldangelegenheiten und was damit zusammenhängt. Sie ist nebenbei aber auch ein Hort nationaler Gesinnung und leistet ordentlich etwas für die Verbreitung der Milch der frommen Denkart. Es dürfte in der Öffentlichkeit noch nicht bekannt sein, daß 3. A. das Zeitungunternehmen des Herrn Rippler: „Die Zeit“, von der Deutschen Bank finanziert ist, woraus sich auch erklärt, daß dieses Organ so billige Probeabonnements unter Zuhilfenahme von Fuchshunden der städtischen Strohenbahn anbietet. Nun wäre ja gegen diese Gesinnung nicht das mindeste einzuwenden, sofern sie wenigstens in voller Reinheit bleibt. Allein, auch in der Mauerstraße geht neben dem hochkonzentrierten Akin, in genau der gleichen Weise, wie in der schäbigsten Wechselstube eines galizischen Einwanderers, der Geist nach Gold um, der natürlich wiederholt mit dem edlen Nationalismus, und was dazu gehört, in Konflikt gerät.

Das konnte man ja recht erst in den letzten Tagen der Börsenhausse wieder feststellen. Es sind da einige Papiere mit auffälliger Geschwindigkeit in die Höhe gegangen, um die sich die contribuenten Meib mit Eifer bewerben. Wir erwähnen Gruschwitz Textilaktien. Dieses Papier wurde vor wenigen Tagen an der Börse eingeführt. Aber selbst Aufträge von 30 000 Mark belamen bei der ersten und zweiten Notierung noch nicht einmal ein Stück zugeteilt. Warum? Weil die patentierten Vertreter der Vaterlandsliebe, die Direktoren der Deutschen Bank, die Aktien zunächst unter sich und ihre Verwandtschaft verteilt hatten. Als das Papier dann von 280 auf 810 getrieben war und die Börsenmensche in genügender Anzahl darauf gehegt war, trat eine umfangreiche Realisation ein. Sehen wir einmal den Fall, der durchaus nicht aus den Fingern gelogen ist, daß ein Direktor 40 bis 50 Aktien zugeteilt erhalten hat, so ergibt sich bei der Kurssteigerung von 500 Prozent das anständige Summchen von einer viertel Million Mark pro Nase.

Es ist durchaus erforderlich, daß der Öffentlichkeit auch einmal vor Augen geführt wird, in welcher Weise und in welchem Ausmaße die Herren an der Quelle, ohne auch nur einen Finger zu rühren, Gewinne einheimen. Ihren Angestellten gegenüber bezurufen sie sich aber gern auf die Notwendigkeit, Opfer für die allgemeine Volkswirtschaft zu bringen, und darauf, daß sie selber so schwer, und bis in die Nacht hinein zu arbeiten hätten. Ob dieser Vermögenszuwachs, der im Laufe einer Woche erzielt ist, auch zum Steuerzostum in dem gesetzlich vorgesehenen Umfang erlöst wird, darf man fraglich bezweifeln.

Vielleicht unterrichten die Finanzämter einmal die Öffentlichkeit, ob diese Herren ihre Spekulationsgewinne gemäß den Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes auch veranlagt haben.

Abschluß der Elbe-Äkte

Nach dreiwöchigen Verhandlungen hat die Internationale Elbe-Kommission in Dresden die neue Elbeakte abgeschlossen. Diese Additionsakte wird an die Stelle der Äkte von 1821 und der Additionsakte von 1844 treten. Es handelt sich um einen Staatsvertrag, der auf Grund des Vertrages von Versailles zwischen England, Frankreich, Italien, Belgien, der Tschechoslowakei und Deutschland abgeschlossen wird.

Die Bestimmungen der Äkte haben den Zweck, die Freiheit der Schifffahrt, die Gleichberechtigung aller Nationen an der Elbeschifffahrt sicherzustellen und der Elbeschifffahrt alle irgend möglichen Erleichterungen zu gewähren. Insbesondere sind solche Erleichterungen für den Durchgangsverkehr vorgesehen, um der Tschechoslowakei einen möglichst gesicherten Zugang zum Meere zu verschaffen. Mit dem Abschluß der Äkte ist die gegenwärtige Lagung der Elbe-Kommission, die in Zukunft zweimal jährlich zusammentritt, abgeschlossen worden.

Deutschland, das auf Grund des Versailler Vertrages zur Annahme verpflichtet ist, hat seine Bevollmächtigten bei den Verhandlungen gehabt und hat auch den Vorsitz geführt. Die Elbe-Kommission besteht aus vier Vertretern Deutschlands, zwei Vertretern der Tschechoslowakei und je einen Vertreter der übrigen vier Staaten; sie wird ihren ständigen Sitz in Dresden haben und dort ebenfalls ein ständiges Generalsekretariat errichten, deren Generalsekretär ein Deutscher ist. Zur Kompetenz der Kommission gehört das ganze internationale Flußgebiet der Elbe.

Aus dem Thüringer Landtag

Die Einheitschule

Der Thüringer Landtag beschäftigte sich in seiner Sitzung vom 24. Februar mit dem von der sozialistischen Regierung vorgelegten Einheitschulgesetz. Das Gesetz wurde mit 27 Stimmen der sozialistischen Linken und eines Teiles der Demokraten gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei angenommen. Die Fraktion des Landbundes enthielt sich der Abstimmung.

Der Verabschiedung des Gesetzes sind außerordentlich heftige Kämpfe zwischen den bürgerlichen und sozialistischen Parteien vorausgegangen, die sich im wesentlichen um die Erhaltung des humanistischen Gymnasiums alten Stils, der neunjährigen (grundständigen) höheren Schule und die Erhaltung des Lyzeums drehten. Die sozialistischen Parteien vertraten demgegenüber die Programmforderungen des Gesetzentwurfs, der auf einer vierjährigen allgemeinen Grundschule, einer Unter-, Mittel- und Oberschule in je dreijähriger Dauer dargestellt ausbauen will, daß sich zunächst die Unterschule in eine deutsche- und Realschule gliedert, die mit einer Fremdsprache (französisch) beginnt. Die Mittelschule (8. bis 10. Schuljahr) wird einen gymnasialen, realen und deutschen Zug enthalten, zu denen in der Oberschule noch ein Realgymnasialzug tritt.

Das Gesetz ist für Thüringen von einschneidender Bedeutung, weil es endlich die Möglichkeit gibt, an Stelle des buntartigen Mischels der acht ehemaligen thüringischen Staaten ein planmäßiges Bildungswesen zu organisieren. Zugleich bedeutet das thüringische Einheitschulgesetz den Beginn der Durchführung der Einheitschule nach Artikel 146 der Reichsverfassung für das Gebiet eines ganzen Landes. Es ist lebhaft zu begrüßen, daß eine

sozialistische Landesregierung durchführt, was die Reichsregierung seit langem verläumt hat. Die Annahme des thüringischen Einheitschulgesetzes bedeutet zugleich einen vollen Erfolg des neuen thüringischen Volksbildungsministers, Genossen Greil, und darüber hinaus einen bedeutenden Erfolg der sozialistischen Regierung.

Aus dem Preussischen Landtag

Das Bestätigungsrecht der Regierung

Im Preussischen Landtag kam es gestern bei der Beratung des Kultusetats noch zu einer lebhaften Debatte, als die Frage des Bestätigungsrechts der Schulaufsichtsbehörde angesprochen wurde. Der Rechtssozialist Haenisch machte darauf aufmerksam, daß bei der Einrichtung der Volksschulabteilung des Berliner Provinzialschulkollegiums nicht ein einziges Sozialist berufen worden ist, obwohl die Eltern der Berliner Volksschulkinder überwiegend Sozialisten sind, und an der Spitze des Berliner städtischen Schulwesens der ausgezeichnete sozialistische Stadtschulrat Paulsen steht. Bei der Dezernatsverteilung haben gerade die Arbeiterbezirke Lichtenberg, Neukölln usw. einen rechtsgerichteten Schulrat, den Herrn Schopp, erhalten. Charakteristisch ist ferner, daß der zum Direktor einer Berliner höheren Lehranstalt gewählte Studienrat Goh einen Kevers vorgelegt bekam, in dem er sich über seine politische Gesinnung äußern sollte und darüber, ob er den Umsturz der bestehenden Staatsordnung erstrebe.

Der Kultusminister Dr. Voelckh verteidigte die Berufung von Reaktionen ins Provinzialschulkollegium, die Vorlegung des Kevers mißbilligte er allerdings, betonte aber zugleich, daß sich ein Lehrer nicht an einer Unternehmung gegen die Staatsform beteiligen dürfe. Ihm wurde von unserem Genossen Goh entgegengehalten, daß er, Voelckh, im Ausschuss sehr warm für Goh eingetreten sei. Unter keinen Umständen dürfe ein Schuldirektor oder Rektor deshalb nicht bestätigt werden, wenn seine parteipolitische Gesinnung dem Ministerium oder dem Provinzialschulkollegium nicht genehm sei. Da auch die Deutschnationalen wegen der Bestätigung des Schuldirektors Goh den Minister angriffen, entgegnete dieser, als Leiter einer staatlichen Lehranstalt wäre Herr Goh zweifellos nicht bestätigt worden, wenn aber die Städte Experimente machen wollten, so sei das ihre eigene Angelegenheit, das Kultusministerium lege da bei der Bestätigung keinen hohen Maßstab an.

Das war eine deutliche Vorbeugung vor den Deutschnationalen, zugleich aber auch eine Herabsetzung der Berliner Schulen. Genosse Leid wandte sich deshalb sehr scharf gegen diese Haltung des Ministers, und er betonte mit Recht, daß die städtischen Schulen in Berlin mindestens auf der gleichen Höhe stehen wie die staatlichen Lehranstalten. Im übrigen sei das Bestätigungsrecht des Staates grundsätzlich zu verwerfen. Die Städte müßten bei der Ernennung der Schuldirektoren freie Hand haben. Das Bestätigungsrecht des Staates würde lediglich zu reaktionären Zwecken mißbraucht.

In der weiteren Debatte stellte sich heraus, daß gewisse Kräfte am Werk sind, ein sogenanntes Staatskommissariat für Leibesübungen zu schaffen, obwohl bereits an der Berliner Universität eine Hochschule für Leibesübungen besteht und die preussische Regierung in Spandau gleichfalls eine derartige Hochschule eingerichtet hat. Dieses Nebeneinander von zwei gleichartigen Lehranstalten in demselben Stadtgebiet und mit den gleichen Aufgaben belastet zweifellos den Staat. Deshalb wurde von dem Rechtssozialisten Bahke und von unserem Genossen Goh eine Vereinigung der beiden Hochschulen für Leibesübungen verlangt und die Bildung eines Staatskommissariats bekämpft. Dabei wandte sich Genosse Goh gegen jeden Versuch, die Leibesübungen zu einem staatlichen Zwang zu machen. Damit solle lediglich ein Ersatz für den Rekrutendruck geschaffen werden. Auch ein Redner des Zentrums erklärte sich gegen jeden Zwang bei den Leibesübungen.

Wegen der beabsichtigten Schaffung eines Staatskommissariats für Leibesübungen, gab der Staatssekretär Dr. Becker eine recht ungenügende Auskunft. Die Sache ist in Wirklichkeit schon ziemlich weit gediehen. Hinter dem Plan stehen, wie sich herausstellte, die Demokraten, die für ihren Minister a. D. Damiens, der als Leiter des Staatskommissariats vorgesehen ist, gern einen Posten schaffen möchten. Der Plan ist zwar einstweilen durchkreuzt worden, hoffentlich findet er, wenn er wieder aufzutauchen sollte, eine ebenso scharfe Zurückweisung.

Nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen vertagte sich der Landtag auf Dienstag, den 7. März. Es soll dann zuerst über das noch nicht erledigte Kapitel des Volksschulwesens debattiert und dann über den Kultusetat und die dazu eingebrachten Anträge abgestimmt werden. Während der Pause wird der Hauptausschuss tagen und den Etat für Landwirtschaft beraten.

Kommunalneuwahlen in Braunschweig. Wie das braunschweigische Staatsministerium mitteilt, finden im Mai dieses Jahres im ganzen Lande Braunschweigs Neuwahlen zu den Stadtrats-ordnungsverfammlungen und Gemeinderäten statt.



Sin
Sinn-
sinnlos

Salem Aleikum Salem Gold Zigaretten

Bemerkenswerteste Eigenschaften:
Milder Geschmack, würziges Aroma, Bekömmlichkeit.

Nr. 50 60 80 100
Preise: 50 60 80 100 Pf. d. Stck.

Cavalier 100, Cabinet 150, Auslese 200 Pf.
Erhältlich in den besseren Zigarrengeschäften.

Frühjahrs-Paletot

für Damen, dreiviertellang, lose Form mit Gürtel, Raglan-Ärmel, dunkelmode 520M

Frühjahrs-Mantel

für Damen, weite Form, mit Raglan-Ärmel, f. 695M

Damen-Mantel

aus hellem, leichtem Plaidstoff, lose Form, mit Raglan-Ärmel . . . 690M

A. Wertheim

Leipziger Straße (Versand-Abteilung) Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz

Damenkleid 495M

aus reinwollen, Kammergarn-Cheviot, offen u. geschlossen zu tragen, mit aparter Stepperei und Faltenrock

Flanell-Bluse

aus gutem Baumwoll-Flanell, offen und geschlossen zu tragen 65M

Kimono-Bluse

aus gesticktem, marineblauen Voile, mit farbigem Handtuch schön garniert 72M

Hemd-Bluse

aus gutem Wäschestoff, mit Falten gesteppt, langgeschlossene Form . . . 87M

Kleider- und Seidenstoffe

Bestickter Voile doppeltbreit, marine und schwarzer Grund . Meter 28M	Bedruckt. Krepon dunkelgründig . Meter 27⁵⁰	Blusenstoffe hell und dunkel gestreift . Meter 39M
Baumwoll-Musselin bedruckt . Meter 29M	Foulardine gemustert, mit Seidenglanz . . Meter 42M	Dunkelblau Serge ca. 120 cm breit . Meter 58M
Schottisch karierte Stoffe für Kinderkleider, doppeltbreit Meter 37⁵⁰	Bastseide ca. 80 cm breit, naturfarbig . . . Meter 118M	Reinwoll. Cheviot schwerr. ca. 105 cm breit Meter 75M
Voll-Voile dunkel gemustert, doppeltbreit . Meter 75M	Seiden-Foulard ca. 90 cm breit, achöne Muster . . . Meter 158M	Blau-grün karierte Stoffe reine Wolle, doppeltbreit Meter 85M
Weißer Frotté doppeltbreit Meter 75M	Taffet glacé ca. 55 cm breit, für elegante Straßenkleider Meter 223M	Reinwoll. Cheviot ca. 100 cm breit schwarz Meter 105M
Voll-Voile weißer Grund mit farbigem Bandstreifen 110 cm breit Meter 85M	Crêpe Georgette 90/100 cm, in allen modernen Farben Meter 225M	Gestreifte Rockstoffe reine Wolle ca. 120 cm breit . Meter 152M



Leipziger Str. - Zwischenstock
**PORZELLAN
NIEDERLAGE**

Reisebüro Wertheim

Leipziger Straße - Königstraße

Eisenbahn-Fahrkarten, Platzkarten und Bettkarten zu amtlichen Preisen
Übersee-Passagen Gepäck-Versicherung

Theater u. Vergnügungen

Volkstheater

7 1/2 Uhr: Masse Mensch
7 1/2 Uhr: Weber die Kraft

Neues Volkstheater

7 1/2 Uhr: Die Fälscher

Staatstheater

8 Uhr: Die Schöne
7 1/2 Uhr: Don Carlos

Deutsches Theater

7 1/2 Uhr: Die Wölfe

Kammerspiele

7 1/2 Uhr: Die Schöne & Pandora

Großes Schauspielhaus

7 1/2 Uhr: Die Schöne

Römische Oper

7 1/2 Uhr: Die Schöne

Operetten-Revue

7 1/2 Uhr: Die Schöne

Theater am Hollendorferplatz

7 1/2 Uhr: Die Schöne

Die Ehe im Kreise

7 1/2 Uhr: Die Schöne

Theater des Ostens

7 1/2 Uhr: Die Schöne

Theater i. d. Königgräber Str.

7 1/2 Uhr: Die Schöne

Die wunderlichen Geschichten

7 1/2 Uhr: Die Schöne

Komödienhaus

7 1/2 Uhr: Die Schöne

Karussell

7 1/2 Uhr: Die Schöne

Berliner Theater

7 1/2 Uhr: Die Schöne

ROTTER-DÜHNEN

7 1/2 Uhr: Die Schöne

Trianon-Theater

7 1/2 Uhr: Die Schöne

Kleines Theater

7 1/2 Uhr: Die Schöne

Residenz-Theater

7 1/2 Uhr: Die Schöne

Waldfeld-Theater

7 1/2 Uhr: Die Schöne

Die Mondscheindame

7 1/2 Uhr: Die Schöne

Casino-Theater

7 1/2 Uhr: Die Schöne

Apolitheater

7 1/2 Uhr: Die Schöne

Opern- u. Konzertsaal

7 1/2 Uhr: Die Schöne

SCHAUBURG

7 1/2 Uhr: Die Schöne

Das verwundene Haus

7 1/2 Uhr: Die Schöne

Harry Viel

7 1/2 Uhr: Die Schöne

Mia Werber

7 1/2 Uhr: Die Schöne

Die künstliche Frau

7 1/2 Uhr: Die Schöne

Shackletons Südpol-Expedition

7 1/2 Uhr: Die Schöne

Waldfeld-Theater

7 1/2 Uhr: Die Schöne

Die Mondscheindame

7 1/2 Uhr: Die Schöne

Casino-Theater

7 1/2 Uhr: Die Schöne

Im **Berliner Theater** bleibt die beste Gesangsposse von Kalisch: **Einer von unsere Leut'** in der Premierenbesetzung mit **Carl Cewing, Oscar Sabo, Leonh. Haskel, Melitta Klefer, Hermann Picha, Charlotte Ander, Heinz Stieda, Gustav Botz** mit Rücksicht auf den **ungeheuren Erfolg** auch weiterhin täglich auf dem Spielplan.

Neue Welt
A. Scholz, Hasenheide 108-14
Heute, Sonntag, 26. Februar
30 bayr. Madl 8 Kapellen
Großer Ball / Einlaß 4 Uhr
Vorabend: Dienstag, 28. Februar
Prämierung des Iosephsten Frühlingshutes (hängen an der Bordenau)
3 bare Geldpreise 500, 300, 200 M.

Primus-Palast-Lichtspiele
Potsdamer Str. 19, Ecke Margarethenstr.
Das große Eröffnungsprogramm:
Ihre Höhezeit
Die Gezeichneten
7 Uhr von Kage Mabelung
Manuskript u. Regie: Carl Th. Preger
Vorstellungen: Weckens 6.30 u. 8.30 Uhr
Sonntags 4.30, 6.30 und 8.30 Uhr
Vorverkauf 12-2 Uhr

Musiker
Für alle Gelegenheiten
hält die Orchesterleitung
des Deutschen Musikvereins
Berliner, Keller, Wilhelm-Str. 21, Nord, 968.
Wieder, Kunstblätter,
Bandwäcker mit und
ohne Rahmwerk teilt man
in der Buchhandlung
„Freiheit“, Breite Str. 8-9

Briefwechsel zwischen Schiller u. Goethe
— Schiller und Goethe
300 Seiten stark und gut gebunden je 5.- Mk.
Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C. 2, Breite Straße 8-9

Alhambra
Variété am Moritzplatz
Ladpillenvoll
Das Publikum filmt
15 Sensationen
Eintritt
5-20 Mark

Circus Busch
Heute Sonntag
3. 7.
Robinson Crusoe
Sämtliche
Glorie-Geschichten
Zaubertrick, 100. 3000
Zaubertrick
Vorspiel, Witz,
u. Circuskaffee

Tätoversan
? was ist
Tätoversan
?

Ein Erlebnisbuch fürs Proletariat
Mag Dortu
Wir Männer
vom
Steinbruch
Elegant kartoniert 12 Mark
Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C 2 - Breite Straße 8-9

Schweizer Musikhaus
Jubelstimmen
über unsere neuen
Schallplatten
zu 30 Mark
Täglich wieder am Lager
„Schönen Ziele - Weich sei deine - Ich halt'
Duch so lieb u. saul. ant. Ecker, Edel Jule u. Seiten-Joker, Sprechmaschinen
in 22 Acem. Seiten, Musikalien, 100. 300. 500. Eigene Werkstätten
f. Musik u. Rep. Anhalt. Umarmt all. Platz, Reinickendorf 1, Str. 117, Bad-
str. 57, B. unnenstr. 25 (Quing), Schönhaus. Allee 130, Weissensee,
Berliner Allee 21. Fernr. und Ges.-Berk.: Michaelkirchstraße 10.

Ultimo-Sonderangebot



Kinder - Schnürstiefel schwarz Chevrete, bequeme, naturgemäße Form mit Fleck Gr. 21-22 43,75 Gr. 16-20	Kinder - Schnürstiefel vorzügliches, festes Rind- boxleder, Kernledersohlen Gr. 31-35 175,- Gr. 27-30	Damen-Spangenschuhe prima R.-Chevrete, moderne Form, gute Stroßenbesoh- lung, sehr preiswert
39,-	159,-	189,-
Damen-Schnürschuhe prima R.-Chevrete mit edler Lackkappe, eleg. Stroßenschuh	Damen - Schnürstiefel R.-Chevrete, moderne Aus- führung, sehr preiswert	Herren - Schnürstiefel prima Rindboxleder, Derby- schnitt, mod. bequeme Form
195,-	269,-	298,-

Reiser

Das Haus der tausend Tränen

Auch ein Stück Alt-Berlin

Vor einiger Zeit wurde hier von Straßen und Plätzen des Alten und alten Berlin erzählt, von dem Geburtsort gewissermaßen der 1848er Revolution. Viel Blut und Wunden hat dieses Stück Alt-Berlin gesehen, Mishandlungen der Gefangenen und schwerverwundeten Barrikadenkämpfer durch die Soldaten, Bergewaltigungen des Volkes durch übermütige Offiziere.

Auch heute noch gibt es im alten Berlin ein Haus, das Tag für Tag und seit Jahren unendlich viel Elend, Kummer und Krankheit des gequälten und geknechteten Volkes sieht. In der Hauptache sind die Leidenden, die in Verzweiflung hierher pilgern, Veteranen der Arbeit und deren Frauen und Kinder, von der Iron und den Lasten, die die bürgerliche Gesellschaft ihnen stets aufgebürdet hat, zer schlagen, niedergebrosen durch die Brutalität der Befehlshaber und der kapitalistischen Oberklasse, die sich von jeder von diesen durch sie Ausgebeuteten und Ausgebeuteten mit Abscheu und Verachtung abgewandt hat. Mit tausend Tränen kommen sie täglich zu diesem Haus in Alt-Berlin, und es gewährt ein wenig Befriedigung, daß man hier verliert, einen Teil der Leiden zu lindern und zu helfen in der aller schlimmsten und aller schwersten Not. Aber der Staat tut viel zu wenig auf diesem Gebiet, und es mutet geradezu wie ein Hohn an, daß derselbe Staat, der die Republik zum Beispiel immer noch dem einstigen Kapp-Rebellen und Oberpräsidenten von Ostpreußen Wittig Gehalt zahlt, anstatt dieses Geld, sowie andere Summen, die immer noch in die Taschen republikanisch höchst unzuverlässiger Beamter fließen, den Wohltätigkeitsbestrebungen zuzuwenden, von denen hier gesprochen werden soll.

Mitten in Alt-Berlin liegt der Könnische Park, im Sommer ein friedliches und freundliches Fleckchen Großstadt. Mit seinen Kastanien, mit Baum und Busch so etwas wie eine Oase in der dünnen, grauen Häuserwüste Berlins, eine kleine, liebliche Insel inmitten eines Meeres von Dächern, hochaufragenden Mauern, rauchenden und ruhenden Fabriksschornsteinen. Nicht weit davon entfernt ist der Märkische Platz mit gepflegten Gartenanlagen und mit dem stattlichen Backsteinbau des Märkischen Museums, dessen Besuch, nebenbei bemerkt, auf das wärmste zu empfehlen ist. Wer hier promeniert, weiß nicht, daß sich gerade hier in diesem Park der Großstadt ein Haus befindet, zu dem täglich die Mühseligen und Beladenen, aller Verzweiflung voll, pilgern, alle jene unglücklichen Opfer, deren Geldbeutel schmal ist und in deren Körper Krankheit und Tod sitzen.

Am Könnischen Park befindet sich nämlich die Landesversicherungsanstalt Berlin. Um 8 Uhr morgens bereits beginnt hier der große Geschäftsverkehr, und erst am späten Abend werden die Flügeltüren des stattlichen Hauses an der Ostseite des Parks geschlossen, nachdem viel Elend, Siechtum und Sorgen durch sie geschritten sind.

Zu der Klientel der Landesversicherungsanstalt gehören über 70 000 Invaliden, über 20 000 Veteranen der Arbeit im Alter von 65 Jahren und darüber und mehr als 80 000 Waisen, die ihren Ernährer durch den Tod verloren haben. Neben diesen ständigen Besuchern muß man die nach Tausenden zählenden Kranken und Gebrechlichen rechnen, die ein Anliegen haben, die entweder in eine Heilstätte verbracht oder in der Beobachtungsstation untersucht werden wollen. Die Landesversicherungsanstalt besitzt nämlich ferner auch eine Tuberkulosestation, und man bekommt einen Begriff davon, welche Arbeit hier zu leisten ist, wenn man erfährt, daß Groß-Berlin etwa eine Viertelmillion Lungenschwindsüchtiger und Tuberkuloseverdächtiger aufweist. Zu dem Personal der Tuberkulosestation gehören 16 Ärzte und 27 Schwestern, die tagaus, tagein die Wohnungen der Kranken besuchen und ihre Berichte abgeben, die herzerweichend widerhallen von Not und Elend der Arbeiterfamilien. In der Tuberkulosestation selbst werden die Tuberkuloseverdächtigen untersucht und die Kranken durch Behandlung mit Höhen Sonne zu heilen versucht.

Aber die Tuberkulosestation sorgt auch für das leibliche Wohl der Patienten durch Verabfolgung von Nahrungsmitteln. Während des Krieges hat sie Milch, Kakao und andere Lebensmittel ausgegeben, ist aber namentlich jetzt eifrig bemüht, der Volksseeche der Tuberkulose einen Damm entgegenzusetzen. Die Quaker und auch die sogenannte Schwedenhilfe haben in dankenswerter Weise ihr Scherlein beigetragen für die Hermosten und Elendsten. In den letzten Jahren konnten in der Landesversicherungsanstalt abgegeben werden: 3251 Kilogramm Zucker, 25 Fässer Lebertran, 6995 Kilogramm Mischmehl, 681 Kilogramm Kakao, 5881 Kilogramm Schmalz, 723 Kilogramm Dichte, 6826 Kilo Gramm Seife, 40 Fässchen Löffel, 5100 Taschentücher, 581 Paar Socken, 1158 Paar Strümpfe sowie Kleidungsstücke, Anzüge und Mäntel. In den Ausgabestellen der Landesversicherungsanstalt erhalten

täglich 150 Personen Nahrungsmittel und Kleidungsstücke, entweder unentgeltlich oder zum Selbstkostenpreis. In den Bureaus der Tuberkulosestation drängen sich täglich 400 Personen und auf Lungentuberkulose werden wöchentlich 1000 Personen untersucht. In den Heilstätten von Beeskow werden von der Landesversicherungsanstalt jährlich 300 Kinder verpflegt, und außerdem noch Kinder ins Gebirge und an die See geschickt. In der unbemittelten Bevölkerung Berlins sind bis zum Schulantritt 50 Prozent Kinder mit Tuberkulose infiziert!

Für die Tuberkulosestation hat die Landesversicherungsanstalt drei Millionen Mark ausgeworfen, und neun Millionen Mark für das Heilverfahren unterernährter und tuberkuloseverdächtiger Kinder. Bei der ungeheuren Größe des Elends und der Krankheit reichen natürlich diese Summen bei weitem nicht aus. Wer hilft? Von der bürgerlichen Gesellschaft, die doch in der Hauptsache dieses Elend verschuldet hat, laufen nur selten und spärlich Gaben ein. Der Bankrott der bürgerlichen Gesellschaft wird auch hierdurch auf das lebhafteste dokumentiert.

Verzweifelt schilt man alle diese traurigen Verhältnisse nach dem Kriege geworden. Wir sind dafür, daß man Ludendorff und die anderen Hezer und Kriegsverlängerer zu einer jährlichen Steuer aus ihrem nicht unbeträchtlichen Vermögen für die Landesversicherungsanstalt von Republik und Rechtswegen heranziehen sollte!

Blinder Eifer schadet nur

Die neuen Finanzbehörden haben sich seit ihrem Bestehen mit einer nicht zu übertreffenden Gründlichkeit um die Einziehung der Einkommensteuern der Lohn- und Gehaltsempfänger angenommen. Gewissenhaft wird geprüft, ob nicht etwa noch Steuerrückstände aus früheren Jahren vorhanden sind, deren Eintreibung vorgenommen werden könnte. Nur ein kleiner Teil dieser Energie aufgewandt für die Einziehung der Besitzsteuern, hätte dem Reiche Millionen eingebracht und viele Unkosten erspart. Die kleinen Steuerzahler hätten nicht wie die großen die schuldigen Summen ins Ausland verschleppen können.

Die Finanzbehörden treiben ihre Gründlichkeit so weit, daß sie selbst Strafgefangenen, die keinerlei Einkommen hatten, mit falschen Einkünften verfolgen.

Wir verkennen gewiß nicht die Schwierigkeit, unter denen die neuen Finanzbehörden ihre Arbeit aufnehmen hatten. Wir wissen, wie die völlige Umorganisation, der Mangel an geschulten Kräften, das Fehlen geeigneter Räume und vor allem die fortwährende Veränderung der Steueretze, die planmäßige Durchführung aller Arbeiten erschwert. Aber damit kann nicht alles erklärt werden. Bei dem Fall der Steuereinkünfte des Strafgefangenen sind Fehler zutage getreten, die nicht vorkommen sollten. Der Mann lebte mehrere Jahre im Ausland und verbrachte seit 2. 6. 1920 in der Strafanstalt Spandau eine 2jährige Gefängnisstrafe, die ihm wegen angeblicher politischer Vergehen zudiktirt worden ist. Trotz wiederholter Verurteilung gegen erhaltene Steuerbescheide, die ihm ins Gefängnis nachgeschickt wurden, und Feststellung des Landesfinanzamtes Groß-Berlin, daß der Betreffende von der Steuerzahlung befreit ist, wird dieser vom Finanzamt dort immer wieder mit neuen Steuerforderungen „beglückt“. Selbst die Kirchensteuer meldet sich und fordert nicht unbeträchtliche Summen.

Dem Strafgefangenen würde eine Abwechslung in dem Einerlei des Gefängnislebens nicht unwillkommen sein. Nur hat die Sache auch sehr unangenehme Schattenseiten. So ging die Steuerbehörde einmal so weit, bei der Gefängnisstrafe sich 5 Mark Guthaben pfänden zu lassen. Vor allem aber ist die noch immer nicht

Montag, den 27. Februar 1922, abends 6 Uhr, findet im Berliner Rathaus, Plenarsitzungsaal, Eingang Königstr.

Konferenz

der Stadt- und Bezirksverordneten, Magistrats- sowie Bezirksamtsmitglieder

Tagesordnung:

Unser Kommunalprogramm

Referent: Stadtrat Dr. Herz-Spandau

Die Mitglieder des Zentralvorstandes des Bezirksverbandes nehmen an der Konferenz teil und sind hiermit eingeladen

beseitigte Annahme des Finanzamtes dort, daß von den Gefangenen Steuer zu holen ist, für den Gefangenen sehr kostspielig, weil er nicht nur Ausgaben für Porti, Papier und dergleichen hat, sondern er muß für die Erledigung seiner Ansprüche seinen Rechtsanwalt in Anspruch nehmen, und hat dadurch bedeutende Unkosten. Diese muß er nach seiner Rückkehr in die Freiheit decken. Er hat nicht unbegründete Befürchtung, daß bei der Hartnäckigkeit des Amtes diese bis dahin aber riesengroß werden. Seine einzige Hoffnung ist, daß eine öffentliche Klarstellung des Sachverhalts dem Gebahren des Finanzamtes dort Einhalt gebietet. Ob's hilft?

Vom Berliner Provinzialschulkollegium

Wir erhalten die folgende Zuschrift eines sozialistischen Lehrers: Einmal machte ich im Mai eine Rheinreise. An den Abhängen und Tälern tauchten aus dem Grün die Türme der alten Ritterburgen heroor und erinnerten mich an die Zeiten des Mittelalters. An diese Reise muß ich immer denken, wenn ich in der Markgrafenstraße an dem Provinzialschulkollegium vorbeikomme. Denn die meisten Mitglieder dieser Behörde, der jetzt alle Schulen der Hauptstadt der deutschen Republik unterstellt worden sind, stehen in einem ebenso scharfen Gegensatz zu dem Geist der neuen Zeit wie die Türme der alten Ritterburgen des Rheins zu dem Maiengrün seiner Weinreben.

In der Abteilung für das höhere Schulwesen spielt eine wichtige Rolle der Oberlehrer Herr Sasse, der über ein Jahrzehnt Prinzenerzieher in Plön war, und dessen Verlegung aus Berlin sogar der Philosophenverein gefordert hat. Während in den letzten drei Jahren immerhin zwei Sozialisten hineinberufen worden sind, ist die neu gebildete Abteilung für das Fach- und Fortbildungsschulwesen und die beträchtlich erweiterte Abteilung für die Volksschulen aber ganz sozialistenrein zusammengesetzt worden. In der Abteilung für das Fach- und Fortbildungsschulwesen hat einen maßgebenden Einfluß der Stadtverordnete Herr Kien, ein scharfer, erbitterter Gegner Pausens und seiner Schulreform. Er gehört der Deutschen Demokratischen Partei an, hat aber derartige Anschauungen, daß er ohne Bedenken der Deutschnationalen Volkspartei beitreten könnte. In die Abteilung für das Volksschulwesen sind kürzlich berufen worden als Leiter der Oberregierungsrat Prechel und der Berliner Kreislehrer Gänther, zwei Schulmänner, die als namhafte Pädagogen in der ganzen deutschen Volksschullehrerschaft bekannt sind und vernünftigen Reformen mit Verstandnis gegenüberstehen. Gegen sie wäre nichts einzuwenden. Wer ist aber der Dritte? Ein Parteifreund von Dr. Voelck, der Berliner Kreislehrer Schopp, der sich derartig in reaktionärer Sinne entwickelt hat, daß sogar die Demokraten des Verwaltungsbereichs Tiergarten, die einen deutsch-nationalen Bürgermeister herunterstufen ohne mit der Wimper zu zucken, ihn als besoldeten Stadtrat mit aller Entschiedenheit ablehnten.

Was soll aus unserem Berliner Schulwesen werden, wenn seine Aufsichtsbehörde eine solche reaktionäre Zusammenlegung hat? Der Vizepräsident Lüdtke, der manchen Reformen freundlich gegenübersteht, ist anscheinend den Mitgliedern seines Kollegiums gegenüber ganz machtlos.

Landaufenthalt für schulentlassene Jugendliche

Das Jugendamt der Stadt Berlin ist in der Lage, schwächliche aber nicht fränke oder gebrechliche schulentlassene Kinder im Alter von 14-16 Jahren, die für die Ergrüfung eines Berufes zu schwach sind, für 3-6 Monate und länger in guten Pflegefamilien auf dem Lande unterzubringen. Die Jugendlichen sollen sich dort kräftigen und dann erst mit leistungsfähigem Körper in ihren eigentlichen Beruf eintreten. Die Unterbringung auf dem Lande erfolgt unentgeltlich. Meldungen müssen umgehend erfolgen, und zwar für den Bezirk „Mitte“ bei dem Jugendamt Stralauer Brücke 6, Bezirk „Tiergarten“ bei dem Jugendamt Alt-Neubrück 39, Bezirk „Wedding“ bei dem Jugendamt Schönfelder Str. 1, Bezirk „Prenzlauer Berg“ bei dem Jugendamt Schönhauser Allee 10/11, Bezirk „Kreuzberg“ bei dem Jugendamt Poststr. 10, für die übrigen Bezirke bei den Jugendämtern der betreffenden Bezirke.

Beihilfe für die Ausbildung der Kriegerwaisen

Kriegerwaisen und Kindern Kriegsbekämpfter wird die Berufswahl häufig dadurch erschwert, daß die Mittel für die gründliche Berufsausbildung fehlen. Für Kriegerwitwen, Kriegsbekämpfter und Vornünder ist es deshalb wichtig, zu wissen, daß ihnen zu den Unkosten der Berufsausbildung der Kinder Beihilfen gewährt werden können. Solche Beihilfen werden nicht nur zur Berufsausbildung und zur Beschaffung von Werkzeugen und Lehrmitteln, sondern auch zum Lehr- und Schul-



Kleid aus kunstseidnem Trikotstoff in vielen Farben, wie Abbildung 975.-

Wolffsmarell

Kleiderstoffe

- Tennisflanell gestreift, für Blusen und Kleider... Mtr. 28.-
- Bedruckt Kreton f. Diradkleider u. Schürzen Mtr. 29.50
- Reinwoll. Streifen für Blusen und Röcke, doppeltbreit, Mtr. 55.-
- Reinwoll. Cheviot marine und schwarz, doppeltbreit, Mtr. 85.-
- Reinwoll. Popelin in modernen Farben mit weiß. Streifen 105 cm. Mtr. 125.-
- Reinwoll. Serge in versch. Farb. 105 cm. Mtr. 129.-
- Reinwoll. Kammgarn-Twill nur marine, ca. 110cm 187.-

Kinderwäsche

- Mädchen-Taghemden Madapolam mit Langetten und viereckigem Ausschnitt Lg. 45 50 60 70 80 90 100cm 25.- 30.- 42.- 54.- 61.- 68.- 75.-
- Mädchen-Beinkleider Madapolam, Kniefurm mit Stickerei-Ansatz Lg. 25 30 35 40 45 50 55cm 35.- 40.- 45.- 50.- 55.- 60.- 65.-
- Kinder-Söckchen Baumwolle, mit Wollrand, schwarz oder lederfarbig, Größe 1 8.50 Jede weitere Größe bis Größe 11 M. 1.- mehr
- Gestricktes woll. Kinderkleid farbig, Größe 40 175.- Jede weitere Größe bis Größe 60 M. 20.- mehr
- Kinder-Strickjacke mit passender Mütze, farbig Länge 55 cm. 450.- Jede weitere Größe M. 30.- mehr

Damenkleidung

- Jumper aus reinw. Trikot 245.-
- Kleid aus reinw. Trikot 795.-
- Kleid aus reinwoll. gestreift Stoff 600.-
- Mantel aus englisch meliertem Stoff 575.-
- Jackenkleid aus marineblauen Stoff mit Tresse garniert, Jacke auf Halbseide 775.-
- Schuhtwaren für Damen Halbschuh z. Schnüren, schwarz Boxcal 258.- Spangenschuh braun Chev. 275.- Lackleder 295.-

Bettstellen

- Eisenbettstelle braun lackiert, mit doppeltem Spiralsboden 80x185 cm 180.-
- Eisenbettstelle weiß lackiert mit Patentmatratze im Eisenrahmen 80x190 cm 385.-
- Eisenbettstelle schwarz lackiert mit Patentmatratze im Eisenrahmen 90x190 cm 370.-
- Seegras-Matratze mit Jutebezug 80x190 cm 275.-
- Federkissen 60x80 cm 225.-
- Feder-Deckbett 640.-
- Diwanbett mit farbigem Bezug 590.-
- Bettfedern und Daunen in bewährten Sorten
- Marmor-Waschtisch auf vernickelten Füßen, für Kalt- und Warmwasseranschluß, Platte 60x80 cm mit 40 cm hoher Rückwand, in gelbem Farbenton 2300.-
- Nachttisch weiß lackiert mit Holzplatte 310.-
- Wickelkommoden, Kinderwagen und Kinderschränke in großer Auswahl
- Perser-Teppiche und -Brücken in großer Auswahl

geld und zum Kostgeld bewilligt. Kostgeld kann im Bedarfsfalle auch dann gewährt werden, wenn sich die Kinder im Haushalt der Eltern befinden. Beihilfeanträge sind an die Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene zu richten. Es kann den Angehörigen von Kriegswaisen und Kindern Kriegsbeschädigter mit Rücksicht auf diese Erleichterungen nicht dringend genug geraten werden, die Kinder einem geeigneten Beruf zuzuführen und sich nicht auf rasche, aber für die Zukunft unsichere Verdienstmöglichkeiten der Kinder in ungelerten Berufen zu verlassen. Ist eine Berufswahl noch nicht getroffen, so empfiehlt es sich, den Rat der örtlichen Berufsberatungsstelle einzuholen. Wo eine Berufsberatungsstelle nicht besteht, wird die Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene für Berufsberatung Sorge tragen.

Die Orden werden teurer

Von Paul Baden.

Es gibt doch noch Tage reinsten und ungetrübtesten Freude. Tage voll von Sonnenschein und Wärme in dieser sonst so dunklen und dürftigen Welt.

Die Orden werden teurer, das hat soeben die Generalordenskommission verfügt. Schon der Gedanke, daß es immer noch, heute noch, eine Generalordenskommission gibt, mühte die Hasser und Heßer der Republik ganz gewaltig aufzuheulen, und sie könnten daraus zu ihrer Lust lernen, daß die Republik keineswegs so roh und rücksichtslos ist, wie sie von den Vielen, die ihr gar nicht zu verzeihen vermögen, verschrien wird.

Also die Orden werden teurer. Es war aber auch hoch an der Zeit! Früher, ja freilich, da waren in Preußen die Orden billig wie Brombeeren, wobei man gebeten wird, zu beachten, daß früher eben alles viel billiger war.

Früher, da regnete es nur so Orden, und man konnte sich kaum noch retten vor dem Reichtum. Am 18. Januar war Ordensfest und da flogen Tausende der kleinen Vögel vergnügt aus dem königlichen Schloß in Berlin hinaus in die weite Welt, und wenn niemals sonst, an diesem Tage wurde auch in Preußen das schöne Wort des Dichters wahr: Dem Verdienste seine Kronen!

Wer jedoch nicht wollte, wer behauptete, seine Verdienste verlangten nicht nach Orden und Ehrenzeichen — Gott, es gab halt immer solch komische Käuze — der wurde mit Recht der Verachtung preisgegeben. War er aber gar Beamter, und dat er, ihn nicht mit einem Orden zu bedenken, konnte er auf seine Beförderung warten bis zum Nimmermorgens.

Starb nun ein reich mit Orden und Sternen geschmückter Mitbürger, mußten die nächsten Anverwandten die bunten Vögel an den schönen bunten Bändern der Generalordenskommission wiederbringen. Man legte den Piepmatz auf den Tisch des Hauses, erhielt eine Befehlshandlung darüber, daß man seine Pflicht erfüllt und — fertig war die Laube.

Ganz anders und viel vornehmer die Republik. Sie kauft das Andernspielzeug, das vom Kaiserreich mit vollen Händen verschwendisch ausgeschüttet worden ist. Die Generalordenskommission hat einen festen Tarif aufgestellt und in dem steht: Für einen Kronenorden bezahlen wir so viel und für einen roten Adlerorden so viel und für einen Schwarzen Adlerorden so viel, na und so weiter.

Jetzt aber sind die Sätze dieses Tarifs abgeändert und die Preise für Orden ganz gewaltig gestiegen. Sehn Sie, das ist ein Geschäft, das bringt noch was ein! Allerdings nicht für die, welche einst einen Orden erhalten, sondern für die, welche ihn von ihren Vätern ererbt haben und nun schleunigst veräußern werden, um zu verdienen.

Gewiß, die Orden und Ehrenzeichen sind aus Silber oder Gold, und das alles kostet heute viel Geld. Die Republik aber braucht dieses seltene Metall, obgleich sie bestimmt nicht bankrott wird, wenn sie das Metall der Orden und Ehrenzeichen nicht besitzt.

Man sollte nun aber doch glauben, die Republik könnte aus der Dummheit des Kaiserreichs Kapital schlagen, sie könnte einfach dekretieren, kommt alle, die ihr Orden habt, her und liefert den Krimstrams ab, nicht aber, daß sie noch obendrein die Kinderlichen kauft und Kapitalien dafür zahlt.

Indessen ich denke mir, diese Maßnahme der Regierung, für die Orden Geld zu zahlen und die Preise bedeutend zu erhöhen, hat man für ein Mittel zu halten, aus Feinden der Republik Freunde der Republik zu machen. Ich fürchte nur, man wird kein Glück damit haben. Die Erben aller derer, die einst ordens- und sternbesetzt stolz einherwandeln, werden kommen und die geerbten Orden verkaufen, denn diese Herrschaften sind niemals sentimental gewesen, wenn es sich darum handelte, Geld einzusacken, und hinterher werden sie sagen: „Seht nur, diese Scholle Blase von Republik! Die treibt sogar mit Orden Handel! Es ist der reinste Ordenschacher!“

Man könnte allerdings schließlich auch denken, die Erben der Orden und Ehrenzeichen werden kommen und sie einfach hergeben und kein Geld dafür nehmen, weil sie sich sagen: „Dazu ist uns das alles viel zu heilig und hoch, als daß wir es gegen Geld tauschen.“

Doch das wäre wahrlich zuviel verlangt. Dann könnte man auch verlangen, daß aus Disteln und Dornen Feigen und andere wohlschmeckende Früchte wachsen.

Franz Krüger kann sich nicht beruhigen. Die letzte Abfuhr genügt ihm noch nicht; da ihm die Feststellung, daß trotz seines Kommandos zwei seiner Parteigenossen für Ehrlich gestimmt haben, sehr unangenehm ist, greift er zu dem letzten übelsten Aus-

weg, der Lüge. Es ist richtig, wenn er schreibt, daß von der S. P. D. Fraktion bei der Bürgermeisterwahl zwei Mann gefehlt haben; es ist aber ein dreister Schwindel, wenn er behauptet, daß von den übrigen acht zwei für Ehrlich gestimmt haben. Ehrlich hat sechs Stimmen erhalten; die vier Stimmen der U. S. P. Fraktion, und zwei Stimmen der S. P. D., das kann auch das arrogante Leugnen Krügers nicht aus der Welt schaffen. Im übrigen kündigt wir dem Herrn an, daß in öffentlicher Versammlung die Cöpenicker Arbeiterschaft über diese Vorkommnisse aufgeklärt werden wird.

Aus den Bezirken

Zu einer Dauer Sitzung wurde die letzte Sitzung der Bezirksversammlung Kreuzberg. Außer der reichhaltigen Tagesordnung lagen vier Dringlichkeitsanträge vor. Ueber einen kommunistischen Antrag, betreffend Zulassung der Betriebsräte zu den Deputationsitzungen, entspann sich eine lebhafte Debatte. In etwas veränderter Fassung wurde der Antrag von den drei sozialistischen Parteien gegen die Stimmen der bürgerlichen angenommen. Ein Antrag, welcher sich mit dem Holzwucher beschäftigt, wurde einem Ausschuss überwiesen. Einige Behauptungen der Rechtsprelle gegen das rote Bezirksamt hatten einen Dringlichkeitsantrag der Rechten erbracht. Die völlige Haltlosigkeit der Anwürfe wurde unter allgemeiner Heiterkeit vom Bürgermeister, Genossen Dr. Kahle, erwiesen. Das Impfen von circa 150 Gemeindefeldern, ohne Wissen der Eltern, mit einem angeblich neuen Mittel gegen Tuberkulose führte eine lebhafte Debatte herbei. Genosse Loose geistelte hierbei die Rücksichtslosigkeit dieser Handlung. Einstimmig wurde beschlossen, vom Magistrat Rechenschaft zu verlangen, wer die Impfung angeordnet hat. Ebenfalls einstimmig wurde beschlossen, den Polizeipräsidenten zu ersuchen, bei Arbeitsbeginn und Arbeitschluss der Blindenanstalt Beamte zum Säug der Blinden zur Verfügung zu stellen. In nichtöffentlicher Sitzung sollten Einsprüche gegen Einbürgerungen verhandelt werden; jedoch wurde auf Antrag der Kommunisten von der sozialistischen Mehrheit beschlossen, öffentlich zu verhandeln. Die Einsprüche stellten sich als rein antisemitische Heße dar und wurden vom Stadtrat Genossen Gottschalk sowie vom Genossen Zubeil treffend gekennzeichnet.

In der am 24. d. M. stattgefundenen Bezirksversammlung des XIV. Verwaltungsbezirks Neukölln wurde als Hauptpunkt der Haushaltsplan durchgesprochen. Hierbei kam es zu sehr lebhafte Auseinandersetzungen. Während als Vertreter des Bezirksamts der Gen. Kadik die wichtigsten Positionen hervorhob und erläuterte, erging sich der Redner der bürgerlichen Vereinigung, Dr. Bierbach, in gedehnten, oft persönlichen Angriffen gegen das Bezirksamt. Unter Redner, Gen. Höhne, erklärte, daß wir dem Etat zustimmen, da das Bezirksamt, wenn auch noch nicht in ausreichendem Maße, so doch in erheblichem Umfang Mittel eingesetzt hat, um die Not der armen Bevölkerung zu lindern. Gen. Löwenthein, dessen schulförmige Tätigkeit von den Bürgerlichen angegriffen wurde, gab einen kurzen Bericht seiner bisherigen Tätigkeit und entwickelte darüber hinaus noch verschiedene seiner Pläne. Der Etat wurde mit den Stimmen der U. S. P., S. P. D. und der neuen Fraktion (Wirtschaftspartei und Demokraten) angenommen. Die Kommunisten stimmten in aller Seelengemeinschaft mit den Bürgerlichen gegen den Etat.

Das Bezirksamt Prenzlauer Berg muß sich gegenüber den von der Tagespresse verbreiteten Mitteilungen durch folgende Erklärung wehren:

1. Unrichtig ist, daß das Bezirksamt Prenzlauer Berg den Beschluss gefasst hat, „wieder einmal“ umzusetzen. Richtig ist, daß ein vom Bezirksamt eingeleiteter Ausbau beschlossen hatte, daß die Deputation für Bau- und Wohnungswesen bis zur Fertigstellung der Räume Danziger Straße in ihren Räumen Behlauer Straße verbleiben sollte.

2. Unrichtig ist, daß zu diesem Umzug eine Ziehkolonne mit Lastautos erschien, bei deren Abzug sich reizende Szenen abspielten.

Richtig ist, daß der stellvertretende Bürgermeister Bauer in Vertretung des erkrankten Bürgermeisters die Anfuhr der Ziehkolonne verhinderte, weil die notwendigen Räume im Bezirksamtneubau nicht zur Verfügung standen und ein Beschluss des Ausschusses zum Umzug noch nicht vorlag. Ein Abzug der Kolonne konnte deshalb auch nicht stattfinden. Durch die Anordnung des stellvertretenden Bürgermeisters wurden deshalb der Stadtgemeinde Kosten erspart.

Das Bezirksamt Friedrichshain teilt mit: In der Aula der V. Pfortfortbildungsschule, Lange Straße 31, finden folgende Jugendveranstaltungen statt: Vom 27. Februar bis 4. März künstlerische Puppenspiele in zwei Aufführungen täglich: a) Prinz Rosenrot und Prinzessin Astenweiß, b) Prinz von Oranien, c) Die lustige Tragödie vom Dr. Faust, am 14. März Märchenzauber — Jugendlust, am 15. März: Frohinn und Freude für Jung und Alt. Am 16. März: Märchenblumen, Liebesfang, Elftentanz. Beginn für die künstlerischen Puppenspiele um 3 und 6 Uhr nachmittags, für die anderen Veranstaltungen um 4 Uhr nachmittags. Eintrittspreis für Schüler 1 M., für Erwachsene 2 M.

Die Diensträume des Wohnungsamtes A, Friedrichshain, werden am Montag, den 27. Februar d. J., von Ebelingstr. 17, nach Große Franzfurter Straße 187, verlegt. Für den Verkehr mit dem Publikum bleibt das Bureau dieser Dienststelle am 27. und 28. Februar geschlossen.

Der nächste Vortrag „Die Berufsvormundschaft“ für Jugendhelfer und -helferinnen, sowie alle, die Interesse für die Jugend haben, findet am Dienstag, den 28., abends 7 Uhr, im Sitzungssaal des Bezirksamts Wedding, Schönstedtstraße 1, V. Stad. statt.

Die Ursache der Kohlenferien

Schwere Organisationsmängel

Man schreibt uns: Bei der Belieferung mit Heizmaterial für den Winter 1921—22 hat die für die Berliner Schulen verantwortliche Stelle mit geradezu straflichem Verschling gehandelt.

Entkräftigt unterstützt von Herrn Magistratsrat Lepifoux habe ich (in meiner Eigenschaft als Elternratsmitglied) im Sommer 1920 mit allen für die Brennmaterial-Belieferung zuständigen Stellen, insbesondere auch mit Herrn Stadtrat Löhnig, verhandelt. Dabei stellte sich zweierlei heraus, und zwar 1. daß mit dem Einfahren von Koks usw. in die Schulkeller bereits im Sommer, etwa im August, begonnen werden und daß die Einkäufe bei Beginn der Heizperiode beendet sein muß, wenn Aussicht bestehen soll, daß in den Schulen den ganzen Winter über ohne Unterbrechung Unterricht erteilt werden kann; 2. daß im Winter 1919—20 auch deshalb die großen Unterbrechungen im Unterricht nötig geworden waren, weil bis dahin die Vorbereitung auf die Heizperiode an einem schweren Organisationsfehler litt. Räumlich: Als Bedarf wurde für alle Schulen nicht der Koksbedarf angegeben und eingereicht, sondern eine gewisse Prozent-Norm. Da selbst diese nicht zur Eindeckung gelangte, sondern nur ein bestimmter Teil davon, so war befristeterweise im verschiedenen Augenblick in allen Schulen ein großes Manko zu verzeichnen. Herr Stadtrat Löhnig sah diese beiden Fehler ein und versprach Abhilfe. Was er in allgemeiner Beziehung veranlaßt hat, entzieht sich meiner Kenntnis. Im einzelnen ist aber festzustellen, daß die Verlegung im Winter 1920—21 sehr gut geklappt hat, Kälteferien an den Berliner Schulen voriges Jahr so gut wie gar nicht eingetreten sind.

Um die Entwicklung im Winter 1921—22 haben Herr Magistratsrat Lepifoux und ich uns nicht weiter bemüht; denn wir nahmen an: Wenn bei einer großen Verwaltung wie der der Stadt Berlin Organisationsfehler einmal erkannt sind, dann werden sie nicht für einen Winter abgestellt, sondern ein für allemal. Hierin scheinen wir uns jedoch getäuscht zu haben. Wenn ich nicht irre, hat Stadtrat Löhnig mit der Kohlen-Verlegung nichts mehr zu schaffen, und die neue Dienststelle scheint sich für die Vorgänge in den früheren Jahren nicht zu interessieren.

Das Gleiche darf man ohne Überdeutung von der sozialreaktionären sogenannten „Freien Arbeitsgemeinschaft der Eltern-Beiräte“ sagen, die sich zwar noch immer um Wilhelm II. um die Erhaltung der Konfessionsschule und dergl., aber den Teil um die Kohlenversorgung der Schulen oder dergl. kümmert. Dagegen bemüht sich die „Zentrale der freien Elternbeiräte“ (Gesellschaftsstelle beim Genossen Dr. Döblin, Frankfurter Allee 340) nach wie vor, gerade derartige praktische Schulfragen gründlich zu bearbeiten. Wer in der Lage ist, mit Material über die erwähnten Mängel in der Brennmaterial-Belieferung und über sonstige Schul-Mißverhältnisse zu dienen, der möge es der oben genannten Stelle übergeben.

Die „Freiheit“ deutet an, daß unter Umständen noch weitere 8 bis 14 Tage vertreiben können, ehe es möglich ist, daß die Schulen wieder eröffnet werden. Im Zusammenhang hiermit plant die „Zentrale der freien Elternbeiräte“ soweit die höheren Schulen in Frage kommen, dem Berliner Magistrat eine Behre für alle Zukunft zu erteilen. Für die Schulleiter und Schullehrerinnen an den höheren Schulen muß bekanntlich Schulgeld gezahlt werden. Da der Berliner Stadtverwaltung nun nachgewiesen werden kann, daß sie es in jahrelängiger Weise unterlassen hat, bei Zeiten für Heranschaffung des Brennmaterialbedarfs zu sorgen, so dürfte ein Prozeß gegen sie auf Rückzahlung von etwa einem Drittel des für das 1. Vierteljahr 1922 entrichteten Schulgeldes keineswegs aussichtslos sein. Falls sich genügend Eltern melden, wird die „Zentrale der freien Elternbeiräte“ (Adresse oben) alles weitere in die Wege leiten.

Lebensmittel. In der Woche vom 27. Februar bis 5. März 1922 darf Brot und Mehl nur auf die Brotkarten abgegeben und entnommen werden, deren Abchnitte das Stichwort „Oben“ tragen. — Wie das Ernährungsamt mittelt, werden auch in der Woche vom 27. Februar bis 5. März 1922 als Kartoffelfesttag neben der üblichen Proportion auf die obere Hälfte des Abchnittes 21 der Lebensmittelkarte (kleine Zahl), je Kopf der Bevölkerung 750 Gramm Gebäck abgegeben. — Die Ausgabezeit für das auf die untere Hälfte des Abchnittes Nr. 20 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte entfallende amerikanische Weizenmehl ist bis zum Mittwoch, den 8. März 1922, verlängert worden.

In den Wiedereinstellungen bei der Straßenbahn teilt der Magistrat mit: Um die Beschwerden zu prüfen, die anlässlich der nach dem Streik der städtischen Arbeiter durchgeführten Verringerung des Personals bei der Straßenbahn vorgebracht worden sind, wurden sieben unparteiische Schiedsgerichte eingesetzt. Es wurden von den 1400 nicht wieder eingestellten Angestellten 527 Fälle behandelt, die das Ergebnis hatten, daß 260 sofort wieder eingestellt wurden, 104 wurden vorgemerkt und 166 werden nicht mehr eingestellt. Neu eingestellt wurden in der Zwischenzeit 70 Mann. Die 260 Wiedereinstellungen betreffen sämtlich Leute, die über 10 Jahre im Dienst waren und die stets ihre Pflicht erfüllt haben. — Wir vermischen in dieser Richtung jede Begründung für die Nichtwiedereinstellung der 166 Leute. Auch scheint das Verfahren sehr langsam voranzukommen zu gehen. Uns ist ein Fall bekannt, in dem ein seit 12 Jahren in der Hauptwerkstatt Uferstraße beschäftigter Arbeiter trotz ihm beständiger guter Führung noch heute nicht eingestellt ist. Solange diese Tatsachen noch vorhanden sind, wird es dem Magistrat nicht gelingen, die Erregung über die Maßregelungen bei der Bevölkerung zu beschwichtigen.

Zähne 6 u. 9 Mk. mit Friedenskautschuk
5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Schüssen gratis. Kronen v. 30 Mk. an. Spez.: Zähne ohne Säumen. Keine Luxusartikel.
Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 1.

Preiswert und gut!

Einige Beispiele unserer Leistungsfähigkeit:

- Damen-Hausschuhe** aus Stoff, mit Kordelsohle und entzückenden Blumenmustern. Extra billig **38**
- Damen-Hausschuhe** aus feinfarbigem Filzstoff, auch Samt mit Pompon, in viel schönen Farben. Sehr preiswert **48**
- Damen-Hausschuhe** in Filzstoff, verschieb. Farb. u. Samtinfass, durchgehende starke Ledersohle u. Absatz. **78**
- Damen-Spangenschuhe** schwarzes Leder, für die Straße, kurze mod. Form, hohe u. niedr. Abs. Solange Vorrat **128**
- Damen-Hausschuhe** Leinwand — der eleganteste Morgenstich — in Wildleder und anderen Lederarten, vielen schönen Farben, Batik, mit extra grossen Seidenbüscheln **195**
- Damen-Spangenschuhe** prima echt Chevréan, eleg. runde Form mit Pompadour-Absatz. Extra billig **225**
- Damen-Schnürstiefel** prima Rindbox, Derbyschnitt oder Ringsabsatz, breite, moderne Form, halbhohler Absatz. Ausserst preiswert **235**
- Damen-Halbschuhe** braune Pumps, mod. Form, Lederschnitten, hoch. Lederabs. Orig.-Goodyear-Welt. Sehr billig **265**
- Damen-Spangenschuhe** braun echt Chevré, mod. spitze u. kurze runde Form, hoch. Lederabs. Sehr preiswert **285**

- Damen-Schnürstiefel** prima Rindbox, hoher Schaft, ohne Lackkappe, kurze, moderne Form. Preiswert **295**
- Damen-Schnürstiefel** prima Boxkalf, Derbyschnitt, vorzügliche Qualität, Original-Goodyear-Welt. Preiswert **325**
- Herren-Schnallenstiefel** in Rindbox, bequem, breite Form, gute Ausführung. Solange Vorrat reichlich **198**
- Herren-Schnürstiefel** in Rindbox u. E-Chevré mit Lackkappe, Besatz u. Derbyschnitt, eleg. moderne Formen **295**
- Herren-Halbschuhe** braun echt Boxkalf, eleg. mod. Form, Original-Goodyear-Welt-Ausführ. Grösse 38-40, 61 **325**



Kinder-Schnürstiefel schwarz Chevré, bequeme, ration. Form, Gr. 18-22. Besond. billig **36**

Kind-Ledersandalen braun Rindleder, mit starker durchgehender Ledersohle und Absatz, Gr. 31-35 58, 00, 27-30 **48**

Kinder-Spangenschuhe prima Rindbox u. Chromleder, gute Ausführung. Extra preiswert Grösse 31-35 82, 50, Grösse 27-30 **72**

Kinder-Halbschuhe sam. Schalsch, Chromleder u. R.-Chevré, mit u. ohne Lackkappe, gut. Ausfüh. Gr. 31-35 98, 00, 27-30 **88**

Stiller

Der Wiederaufbau der Weltwirtschaft

Von Prof. Federer-Heidelberg

Im Rahmen einer Aufsatzreihe über das Problem des ökonomischen Wiederaufbaus der Welt wirft die englische Zeitschrift „The Nation“ in interessanter Weise das Organisationsproblem auf. Man könnte sagen, daß die Devise der Ausführungen lautet: „Nur Organisation kann uns retten“ — also nicht freies Walten der wirtschaftlichen Kräfte, sondern planmäßige Gestaltung derselben. Man wird der hier vertretenen Behauptung schwerlich widersprechen können, daß in der Kriegswirtschaft zuerst in ganz großem Umfang eine staatliche Organisation der Wirtschaftskräfte erfolgte und daß die Kritik an dieser Kriegswirtschaft weit über das Ziel schoß. Denn die Kriegswirtschaft hat trotz der Stillelegung vieler Millionen Arbeitskräfte das Gesamtergebn der Produktion fast auf Friedenshöhe gehalten — eine Behauptung, welche zwar nicht für die Zentralmächte, aber für die offenen Gebiete der Weltwirtschaft sicherlich zutrifft. Sie hat darüber hinaus ganz neue Produktionszweige aufgebaut und die Leistungsfähigkeit der Weltproduktion dadurch gesteigert. Es sei auch nicht wahr, behauptet die „Nation“ weiter, daß man lediglich vom Kapital gelebt habe, eine These, welche wieder für die Wirtschaftsgebiete der Alliierten, aber nicht für die Zentralmächte zutreffen mag. Diesen Erfolgen einer planmäßigen Organisation gegenüber wirkt die heutige Lage der Produktion, die schwere Krise auf der einen Seite, die Hilflosigkeit auf der anderen beschämend; um so mehr als ohne Frage die Befriedigung aller Bedürfnisse nach dem Stande der Produktionskräfte möglich wäre und nur die Widerstände der kapitalistischen Organisation die Produktionskräfte lahm legen.

Damit ist also den entscheidenden Argumenten sozialistischer Kritik weitgehend zugestimmt, aber die „Nation“ ist sich darüber klar, daß die politischen Machtverhältnisse eine Organisation der Wirtschaft durch die Gesellschaft heute ausschließen und sie schlägt daher eine kapitalistische Organisation für die Uebergangszeit vor.

Es ist nicht ohne Interesse, den Aufbau dieser kapitalistischen Organisation kurz zu skizzieren: die Schwierigkeit der weltwirtschaftlichen Lage liegt in der Unmöglichkeit des Ablasses für Produkte, und zwar nicht nur der Fertigprodukte, sondern vor allem auch der Rohstoffe. Man kann nun annehmen, daß ein rascher Ablass und die Garantie eines Minimalpreises für dieselben bereits den internationalen Handel so beleben und die Grundlage für eine neue Konjunktur schaffen würde, denn die Rohstoffproduzenten würden dann in größerem Umfang als Käufer auf dem Markte erscheinen.

Daher wird vorgeschlagen: große internationale Organisationen mit Billigung und Unterstützung der Regierungen zu bilden, deren Aufgabe darin bestünde, den Ueberfluß dieser Rohstoffe, der heute nur zu sehr billigem Preise Ablass finden könnte, zu einem bestimmten Preis zu kaufen und dadurch diesen Preis auf dem Markte zu halten. Bei Ansteigen des Preises würden die Organisationen dann von ihren Vorräten abgeben und derart den Preis stabilisieren. Solche Organisationen erfordern naturgemäß ein großes Kapital, sind aber in der Geschichte nicht ohne Vorbild, wie insbesondere das bekannte Beispiel der Kaffeevalorisationen in Brasilien zeigt, welche genau in der beschriebenen Weise, allerdings bloß aus Staatsmitteln erfolgt. (Der brasilianische Staat: Sao Paulo hat wiederholt bei reichlichen Ernten den Ueberfluß an Kaffee ausgekauft und aufgestapelt, um ihn dann bei günstigerer Marktlage wieder abzustossen.)

Wenn man nun überlegt, was solche Verwaltungs- und Finanzierungsorganisationen bedeuten, so kann man wohl sagen, daß ihre wichtigste Aufgabe in der Gewährnung von Kredit an die Produzenten besteht, welche bei den heutigen Marktpreisen nicht ihr ganzes Produkt verkaufen können. Indem also diese Organisationen die Rohstoffe dem Produzenten abkaufen, mit der Absicht, sie später zu verkaufen, so tun sie wirtschaftlich dasselbe, als ob sie diese Rohstoffe zu einem höheren als dem Marktpreis belohnen würden. Sie leihen Geld dar, welches ihnen aus dem Verkauf der Produkte wieder zufließen soll, ohne Garantie dafür, daß sie wirklich die Rohstoffe zum angemessenen Preis verkaufen können. Da sie über Geldmittel aus dem späteren Verkauf zur Zeit der Uebernahme der Produkte noch nicht verfügen, so müssen sie durch Anspannung ihres Kredits neue Kaufkraft schaffen. Dieses Vorgehen, dieser Anlauf, wobei der Käufer das Risiko der Preisbildung trägt, diese „Valorisation“ wirkt also zweifellos inflationistisch, weil ja ein Ablass der ausgiebigeren Rohstoffmenge zunächst noch ungewiß ist. Der den Rohstoffproduzenten gewährte Preis ist nicht gleich zu setzen der Diskontierung eines Wechsels, dem ein tatsächliches Geschäft schon zugrunde liegt, sondern die Vorwegnahme einer erhofften Ablassmöglichkeit. Daß neue Zahlungsmittel für den Anlauf dieser Rohstoffe verwendet werden müssen, scheint auch der „Nation“ klar zu sein, aber sie berichtigt sich dabei, daß die eingelagerten Rohstoffe vorerst gleichsam als Deckung der neuen Kaufkraft betrachtet werden könnten, genau so wie Gold- oder Silberbarren die Deckung für Noten abgeben.

Dieser Vergleich hinkt jedoch, denn die Note ist selbst im metallischen Münzsystem nicht Anweisung auf eine bestimmte Kaufkraft, sondern nur Anweisung auf eine bestimmte Menge Goldes, dessen Kaufkraft steigen oder sinken kann, ohne daß dadurch die Liquidität der Notenbank irgendwie gefährdet würde. — Die Noten, welche den Farmern gegen Ablieferung ihrer Rohstoffe gegeben werden, sind aber nicht Anweisungen auf Rohstoffmengen, sondern auf Gold, und sie sind selbst bei weitestgehender Auslegung des Deckungsbegriffes nicht mehr gedeckt, wenn der Preis der Rohstoffe sinkt. Gewiß ist aber, daß durch den Anlauf der ganzen Ernten zunächst eine künstlich günstige Marktlage geschaffen und die Krise wenigstens gemildert werden könnte. Würde dieser Weg eingeschlagen, so wäre damit bewiesen, daß man nur bei Verringerung der großen Spannung zwischen der Kaufkraft der einzelnen Währungen hoffen kann, die Störung der Märkte

zu überwinden. Diese Wirtschaftspolitik wäre der bisher in den Vereinigten Staaten und auch in England geübten direkt entgegengesetzt und mit Recht wird hervorgehoben, wie wichtig die Anwendung dieser Mittel wäre. Denn sonst besteht die Gefahr, daß bei Andauern der Krise die Produktion eingeschränkt und der Zustand des Mangels unnötig verlängert wird. So schlägt also die „Nation“ die Bildung internationaler Konfessionen unter staatlichen Garantien vor, deren Wirksamkeit den Abnehmern dadurch sympathisch gemacht werden soll, daß sie von vornherein auf Profit verzichten.

An diesem ganzen Plan zeigt sich also deutlich, daß eine Wiederherstellung der Weltwirtschaft nur möglich ist, wenn auch die heute wirtschaftlich überlegenen Länder sich bereit erklären, erhebliche Opfer zu bringen.

Organisationsstatut der USPD.

Mitgliedschaft.

§ 1. Mitglied der Partei ist, wer die Grundzüge der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und die Beschlüsse ihrer Parteitage anerkennt, durchzuführen hilft und seine Parteibeiträge entrichtet. Kein Mitglied darf zugleich Mitglied einer anderen politischen Partei sein.

§ 2. Ueber die Aufnahme als Mitglied entscheidet zunächst der Vorstand des Ortsvereins. Das Recht des Einspruches hat jede Organisationsleitung im Reiche. Ueber Einsprüche gegen die Aufnahme entscheiden nacheinander Bezirksleitung und Zentralleitung. Wird innerhalb Jahresfrist kein Einspruch erhoben, so gilt die Aufnahme als endgültig.

Gliederung.

§ 3. Die Parteimitglieder schließen sich zu Ortsvereinen zusammen.

Die Ortsvereine schließen sich zu Kreisorganisationen (Unterbezirken) zusammen, deren Grenzen enimer nach politischen Verwaltungsgrenzen oder nach einheitlichen Wirtschaftsgebieten zu ziehen sind.

Die Kreisorganisationen treten zu Bezirksverbänden zusammen, deren Abgrenzung nach denselben Gesichtspunkten wie die Bildung der Kreisorganisationen erfolgt.

Die Bildung und Abgrenzung der Kreisorganisationen bedarf der Zustimmung der Bezirksleitung, die Bildung und Abgrenzung der Bezirksverbände der Zustimmung der Zentralleitung der Partei.

Bestehen in einem Lande mehrere Bezirksverbände, so sind sie in einem Landesverband zusammenzufassen.

Die Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesorganisationen geben sich eigene Statuten, die nicht miteinander und nicht mit dem Statut der Partei in Widerspruch stehen dürfen.

Parteiamter.

§ 4. In allen Leitungen der Organisationen und zu allen Delegationen ist den weiblichen Mitgliedern im Verhältnis ihrer Zahl eine Vertretung zu gewähren.

Zu einem Vertrauensamt der Orts- und Kreisvereine darf nur gewählt werden wer nach § 2 seit mindestens einem Jahre Mitglied der Partei ist.

Zu Mitgliedern der Bezirks- und Zentralleitung, sowie der Kontrollkommission und als Kandidaten zu den Gemeinde-, Bezirks-, Kreis- oder Provinzialvertretungen, für Landtag und Reichstag kann nur vorgeschlagen werden, wer mindestens drei Jahre der Partei angehört. Das gleiche gilt für die Delegationen zu den Landesversammlungen, dem Parteitag und internationalen Kongressen.

Ausnahmen von den Vorschriften der Absätze 2 und 3 können mit Zustimmung der Bezirksleitung zugelassen werden. Gegen die Entscheidung der Bezirksleitung ist die Berufung an die Zentralleitung zulässig.

§ 5. Als Gemeindevertreter der Partei gilt nur, wer im Einverständnis mit der Parteiorganisation als Kandidat aufgestellt worden war.

Die Mitglieder eines Ortes stellen die Kandidaten für die Gemeindevorstände im Einverständnis mit der Kreisparteilitung auf. Vorschläge für die Kreis-, Bezirks-, Provinzialvertretung und die Kreiswahlvorschläge für Landtag und Reichstag werden durch die Mitglieder der Kreisorganisation gemacht, von der Bezirksleitung zusammengefaßt und von der Bezirksversammlung (Bezirksparteiliteg) beschlossen.

Die Leitung des Landesverbandes stellt im Einverständnis mit den Bezirksleitungen des Landes die Landeswahlvorschläge für die Landtage auf und hat in gleicher Weise das Recht, jederzeit die auf Landeswahlvorschlag gewählten Vertreter abzuberufen. Parteirat und Zentralleitung stellen den Reichswahlvorschlag zu den Reichstagswahlen auf Grund der Vorschläge der Bezirksleitungen auf und haben das Recht, jederzeit die auf Reichswahlvorschlag gewählten Vertreter abzuberufen.

Die Kreisorganisation hat das Recht, jederzeit die Gemeindevertreter abzuberufen. Dasselbe Recht hat die Bezirksversammlung für die Vertreter der in Absatz 3 genannten Körperschaften. Legen die Vertreter ihre Mandate trotz dieser Aufforderung nicht nieder, so können sie die Mandate nicht mehr im Namen der Partei ausüben.

Beiträge.

§ 6. Die Zentralleitung und der Parteirat setzen die Mindestbeiträge fest. Ueber diese Beiträge hinaus können die Kreis- und Bezirksorganisationen höhere Beiträge festsetzen.

Die anteilige Abführung der Beiträge der Ortsvereine an die Kreisleitung regelt das Bezirksstatut.

Von den ordentlichen Mitgliedsbeiträgen sind am Schlusse eines jeden Kalenderjahres durch die Bezirksleitung die vom Parteitag festgesetzten Anteile für die Zentralleitung an diese abzuführen.

Für jeden Bezirk ist ein Wahlfonds zu bilden, dessen Erträge der Bezirksleitung ungetrennt zufließen und über die sie allein und selbständig verfügt.

Berichterstattung.

§ 7. Das Geschäftsjahr für die Parteiorganisation läuft vom 1. April bis 31. März.

Die Kreisleitungen erstatten nach Schluß des Kalenderjahres der Bezirksleitung über die Tätigkeit und den Mitgliederbestand Bericht. Die Bezirksleitung gibt diese Berichte an die Zentralleitung weiter und erstattet über ihre eigene Tätigkeit der Zentrale spätestens nach Schluß des Geschäftsjahres Bericht.

Zentralleitung.

§ 8. Die Zentralleitung der Partei besteht aus den Vorstehenden, dem Kassierer, den Schriftführern und den Beisitzern; ihre Zahl bestimmt der Parteitag.

Die Wahl der Zentralleitung erfolgt auf dem Parteitag mittels Stimmzetteln in einem Wahlgang. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten hat.

Alle Mitglieder der Zentralleitungen haben in den Sitzungen Stimmrecht.

Die Zentralleitung führt die politischen und organisatorischen Geschäfte der Partei und verfügt nach eigenem Ermessen über die

ihr zugeflossenen Parteigelder. Sie überwacht die Befolgung des Parteigrundsätze und der Beschlüsse der Parteitage, sowie die Anwendung der Organisationsleitung, insbesondere die grundsätzliche und tatsächliche Haltung der Parteipresse und die Tätigkeit der Parlamentsfraktionen.

Die Zentralleitung kann alle Parteioorganisationen und deren Unternehmungen jederzeit kontrollieren, Ausschüsse einfordern und Abrechnungen verlangen. Sie hat das Recht, an Zusammenkünften aller Parteiorperschaften beratend teilzunehmen, bei der Aufstellung und Abberufung von Bewerbern zu den Landtagen und dem Reichstag mitzuberaten.

Scheidet ein Mitglied der Zentralleitung vorzeitig aus, so hat der Parteitag und die Kontrollkommission die Ersatzwahl vorzunehmen.

§ 9. Kein Parteimitglied hat Anspruch auf Parteigelder oder das Eigentum der Partei, es hat kein Vorkaufsrecht, Geschäftsbücher oder Papiere der Zentralleitung, des Parteirates oder der Kontrollkommission einzuliefern oder deren Herausgabe zu verlangen.

Parteirat.

§ 10. Zur Klärung wichtiger politischer parteitaktischer Fragen, die sich aus der praktischen Anwendung der Grundzüge der Partei ergeben, ist der Parteirat zu berufen.

Der Parteirat wird vom Parteitag durch Stimmzettel gewählt. § 8 Absatz 2 findet Anwendung. Die Zahl der Mitglieder bestimmt der Parteitag.

Der Parteirat berät und beschließt in gemeinsamer Sitzung mit der Zentralleitung.

Parteirat und Zentralleitung haben das Recht, durch gemeinsamen Beschluß von jeder Parteioorganisation und Fraktion der Partei in Gemeinden, Landesversammlungen und Reichstag, sowie von jedem Parteiblatt, Redakteur und Abgeordneten die Beachtung der Parteigrundsätze und der Parteitagebeschlüsse zu fordern und durch Einwirkung auf die als Auftragneher in Frage kommende Parteimitgliedschaft zu erzwingen, nötigenfalls entscheiden zu.

Diese Entscheidungen von Parteirat und Zentralleitung können nur beim Parteitag angefochten werden.

Kontrollkommission.

§ 11. Zur Kontrolle der Tätigkeit der Zentralleitung sowie zur Erledigung von Beschwerden gegen sie wählt der Parteitag eine Kontrollkommission, deren Zahl der Parteitag bestimmt.

Für die Wahl der Kontrollkommission gelten die Vorschriften des § 8 Absatz 2.

Mitwirkung der Bezirke.

§ 12. Die Zentralleitung beruft zur Beratung und Durchführung politischer und organisatorischer, sowie geschäftlicher Maßnahmen Vertreter der Bezirke, der Redaktionen und der Parteigeschäfte.

Eine Konferenz der Bezirksvertreter muß berufen werden, wenn ein Drittel der Bezirke es beantragt.

Mitwirkung der Frauen.

§ 13. Zur Förderung der Frauenbewegung beruft die Zentralleitung nach Bedarf die weiblichen Mitglieder der Bezirksleitungen und nach eigenem Ermessen tätige weibliche Parteimitglieder zu Besprechungen zusammen.

Parteitag.

§ 14. Der Parteitag ist die höchste Instanz der Partei.

Der Parteitag setzt sich aus Delegierten der Bezirksorganisationen zusammen. Die Gesamtzahl der Delegierten darf 300 nicht übersteigen. Die Verteilung der Delegierten auf die einzelnen Bezirke erfolgt nach der Mitgliederzahl, für die am letzten Vierteljahrschluß Pflichtbeiträge an die Zentralleitung abgeführt worden sind. Voraussetzung ist, daß die Bezirke ihre Verpflichtungen in den vorausgegangenen Kalendervierteljahre erfüllt haben. Jeder Bezirk erhält mindestens einen Delegierten.

Die Wahl ist durch Urwahl nach einheitlichen Grundzügen bezirksweise vorzunehmen und die Wahlordnung von der Zentralleitung frühzeitig bekanntzugeben. Die Bezirksleitungen können die Wahl in Unterbezirken vornehmen lassen und müssen dann die anteiligen Mandate vorher stellen.

Als gewählt gilt, wer die meisten Stimmen erhalten hat.

Sind auf dem Parteitage grundsätzliche oder tatsächliche Fragen zu entscheiden und bestehen erhebliche Meinungsverschiedenheiten unter den Mitgliedern, so sind die Fragen so zu stellen, daß sie die Mitglieder mit „Ja“ oder „Nein“ beantworten können. Wird mit der Abstimmung eine Delegiertenwahl verbunden, so sind für die Beschwörer und Abwesener der zur Entscheidung stehenden Fragen gesondert gebundene Vorschlagslisten aufzustellen. Nach der von jeder Gruppe erlangten Stimmenzahl sind die Delegiertenmandate verhältnismäßig zu verteilen.

Beschlußrecht auf dem Parteitag haben nur die gewählten Delegierten. Mit beratender Stimme nehmen an dem Parteitag teil:

Die Mitglieder der Zentralleitung, des Parteirates und der Kontrollkommission;

eine Vertretung der Reichstagsfraktion, deren Stärke die Zentralleitung bestimmt. Den übrigen Mitgliedern der Reichstagsfraktion ist es freigestellt, dem Parteitag beizuwohnen; die von der Zentralleitung berufenen Referenten.

Die Zentralleitung hat eine Vorprüfung der Parteitageamandate unter Mitwirkung der Bezirksleitungen vorzunehmen und nur solche Delegierte zuzulassen, die auf der von der Zentralleitung ausgesprochenen Grundlage gewählt sind. Die Mandatsprüfung im einzelnen besorgt eine vom Parteitag gewählte Mandatsprüfungskommission. Ueber die Gültigkeit entscheidet der Parteitag.

Der Parteitag wählt seine Leitung, gibt sich seine Geschäftsordnung und setzt die Tagesordnung fest.

Die Einberufung des Parteitages muß spätestens sechs Wochen vorher mit der von der Zentralleitung vorgeschlagenen Tagesordnung in der Parteipresse veröffentlicht werden.

Anträge von Parteioorganisationen, die in der Vorlage an den Parteitag Aufnahme finden sollen, müssen spätestens zwei Wochen vor dem Parteitage bei der Zentralleitung eingereicht sein, die sie sofort in der Parteipresse zu veröffentlichen hat.



Persil das selbsttätige Waschmittel von unerreichter Wasch- und Bleichkraft. Macht die Wäsche frisch und duftig, wie auf dem Rasen gebleicht. Wäscht mühelos, schnell und billig!

Alleinige Fabrikanten: HENKEL & CIE., DÜSSELDORF, auch der "Heckol", Henkel's Wasch- und Bleich-Soda.

Gewerkschaftliches

Disziplinbruch

Der Verlauf und Ausgang der beiden letzten Streiks hat viele einzelne gewerkschaftsrechtliche und politische Fragen aufgeworfen, die unbedingt einer Lösung bedürfen. Heute wollen wir nur die inneren Vorgänge einzelner Verbände besprechen, in denen die Nachwirkungen der Kämpfe mehr oder minder schwere Krisen heraufbeschworen haben.

Der Vorstand hält sich streng im Rahmen seiner Befugnisse. Nach § 25 der Satzungen des Deutschen Eisenbahnerverbandes werden zur wirksamen Unterstützung des Vorstandes, zur Durchführung der Beschlüsse der Generalversammlung und der Verbandsbestimmungen, sowie zur Förderung der Agitation in den einzelnen Eisenbahndirektionsbezirken Bezirksleiter ernannt.

Ein glänzendes Plädoyer für wahr! Mit denselben Rechtsvorwürden könnte z. B. die Entente die restlose Durchführung des Friedensvertrages seitens Deutschlands erzwingen, ohne aus dem Rahmen seiner Befugnisse zu fallen.

Damit wollen wir aber nichts gemein haben mit der hysterischen Art der „Roten Fahne“, die das Gespenst der Spaltung in diesem Verbände heraufbeschwört und an die Wand malt. Wir wollen aber mit dieser Art die Prinzipienfrage, ob eine Gewerkschaftsleitung sich immer an die Spitze stellen muß, nicht bejahen.

lage überhaupt richtig erkannt und die Tragweite überschauen haben. Fast möchten wir dies bestreiten. Hätten übrigens die Eisenbahner die Schlughäute der Reichsgewerkschaft visonär erschauen können, sie hätten, dessen sind wir sicher, nicht mitgemacht.

Wir sind uns klar, daß die gewerkschaftliche Disziplin und die Ausübung der Solidarität die Grundpfeiler sind, auf denen sich eine starke Arbeiterbewegung aufbauen muß. Verletzungen sind auf ein Mindestmaß, wo sie nicht ganz verhütet werden können, zu beschränken.

Der Zentralvorstand des D. E. B. hat nun inzwischen eingesehen, daß er bei seinem ersten Entschluß nicht verharren kann. In der Versammlung vom Freitag wurde ja die Revision seines Standpunktes bekannt, und unsere Genossen im D. E. B. werden schließlich zu prüfen zu haben, ob sie die Krise beenden und den Vermittlungsorschlag des Zentralvorstandes, als solcher muß die kommissarisch zeitlich begrenzte Einsetzung eines Organisationsleiters angesehen werden, annehmen.

Der Betriebsrat im Aufsichtsrat

Durch das neue Gesetz über die Entsendung der Betriebsräte in die Aufsichtsorgane der Unternehmungen wird den Arbeiterfunktionen eine wesentliche Erweiterung ihrer Rechte gewährleistet. Sie bekommen mehr als bisher Einblick in den Finanz- und Verwaltungsapparat ihres Betriebes.

In einigen Monaten sollen Mitglieder aus der Arbeitnehmerschaft mit den langjährig kapitalistisch geschulten Mitgliedern in den Aufsichtsorganen zusammenstehen. Die komplizierten Wirtschaftsverhältnisse erfordern heute mehr als früher vielseitige Kenntnisse. Die Betriebsräte müssen nun fürs erste mehr und intensiver als je sich mit der finanziellen und verwaltungstechnischen Praxis der Privatwirtschaft beschäftigen, um sich die noch fehlenden Kenntnisse anzueignen.

Die bestehende Literatur allein dürfte wohl zunächst für die Arbeitervertreter kaum geeignet sein, denn sie ist nicht auf ihr besonderes Interesse zugeschnitten und legt in den meisten Fällen auch Kenntnisse der praktischen Schulung voraus, die die meisten Arbeiter und Angestellten naturgemäß nicht besitzen können.

Der Betriebsrat im Aufsichtsrat

Vortragende: Lisa Haimann, Unterrichtsstätte: Sophien-Pavillon, Weinmeisterstr. 16-17. Allen interessierten Angestellten und Arbeitern ist die Teilnahme zu empfehlen. Anmeldung erfolgt bei Beginn des Kurses im Unterrichtslokal.

Die Gruppenvollversammlung der Gruppen XIII. Verkehr, VIII. Landwirtschaft und Gärtnerei, IX. Lebens- und Genussmittel findet am Montag, den 27. Februar, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 4, XI. Metallindustrie am Mittwoch, den 1. März, abends 7 Uhr, in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Str. 96, IV. Chemische Industrie, VI. Graphisches Gewerbe am Donnerstag, den 2. März, abends 5 1/2 Uhr, in den Arminkälen, Kommandantenstraße 59/59, statt.

Tagesordnung: 1. Betriebsräte und Gewerkschaften. 2. Freie Aussprache. 3. Verschiedenes. Es ist Pflicht aller Betriebsräte, in ihren Gruppenvollversammlungen zu erscheinen. Als Ausweis dienen die Betriebsrätefarte und das Verbandsbuch.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Lohnverhandlungen im Kohlenbergbau

Verhandlungen gescheitert

In der Freitagabendnummer berichteten wir ausführlich über die neuen Streitgespräche, die darauf hinausliefen, nicht nur die Kohlenpreise zum Weltmarktpreis zu steigern, sondern darüber hinaus eine Sondersteuer der Konjunktur auszuwerfen, damit die Schlotjunker neue Gruben abteufen können.

zu lassen. Diese Erhöhung wird aber abhängig gemacht von den Lohnverhandlungen, die jetzt geführt werden. Darüber erfahren wir, daß die gestrigen Reichsarbeitsministerium ausgenommenen Lohnverhandlungen für den Kohlenbergbau, die bis 1/2 Uhr nachts dauerten, gescheitert sind. Die Forderungen der Arbeitnehmer allein hätten einschließlich der erhöhten Kohlensteuer eine Kohlenpreiserhöhung von etwa 150 Mark verursacht, ohne daß die Forderung der Arbeitgeber auf Zugestehen einer Abzehrungsquote dabei berücksichtigt worden wäre.

Zum Streit der Müllkutscher und -schaffner

Durch die bürgerliche Presse macht eine wahrscheinlich von der Wirtschaftsgenossenschaft inspirierte Notiz die Kunde, die geeignet ist, die Deffektivität irrezuführen.

So schreibt die „Berliner Volkszeitung“ in ihrer Nr. 93 vom 24. cr., daß die Wirtschaftsgenossenschaft ihren Arbeitnehmern einen Urlaub von 15 Tagen und bei Krankheiten die Bezahlung von 48 Werktagen im Jahre bewilligt habe. Dieses Angebot sei aber von den Streikenden abgelehnt worden.

Zutreffend ist, daß die bisherige Forderung der Müllkutscher usw. infolge des amtlich festgestellten weiteren Heraufschüßelns der Lebenshaltungskosten von 750 M. auf 850 M. pro Woche erhöht worden ist. Würde aber die Wirtschaftsgenossenschaft von den bestehenden Differenzen eingehend in bezug auf Urlaub und Beschäftigung des Krankenzulusses Abstand nehmen, dann dürfte eine Verständigung über die künftige Lohnfrage leichter gefunden werden können.

Die belgische Nothilfe

Die belgische Gewerkschaftskommission hat in ihrer Dezemberföhrung energisch Stellung genommen gegenüber der Aktion der sogenannten „Union Civique“, deren Mitglieder während des letzten Trambahnstreiks in einer gemeingefährlichen Organisation zu tun, die in den Händen der Unternehmer ein äußerst wirksames Werkzeug werden kann, um die Arbeiter in ihren Bestrebungen zu behindern.

Man hat es hier mit einer gut organisierten Organisation zu tun, die in den Händen der Unternehmer ein äußerst wirksames Werkzeug werden kann, um die Arbeiter in ihren Bestrebungen zu behindern. In Artikel 2 der Statuten heißt es, daß die Vereinigung den Zweck hat, für die Aufrechterhaltung des Betriebes der für das tägliche Leben unentbehrlichen öffentlichen Dienste zu sorgen, insbesondere für die Zweige der Verpflegung, des Telegraphen-, der Straßenbahnen und Eisenbahnen, des Post-, Telephon- und Telephonendienstes, der Feuerwehr, der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserversorgung, sowie der Straßenspiegel, des Spitaldienstes und Wasserreinigung.

Reichskonferenz der Maschinisten. Der Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands beruft für Sonntag, den 26. und Montag, den 27. März, nach Frankfurt a. M. eine Reichskonferenz der in der Gemischen Industrie beschäftigten Maschinisten, Heizer und Wertseilendbahrer ein. Die Tagesordnung sieht folgende Referate vor: 1. Die Aufgaben der Betriebsräte, Referent: Dr. Striemer-Berlin. 2. Konzernbildung und Kapitalkonzentration in der Gemischen Industrie, Referent: Kollege Ufermann-Berlin. 3. Die Neubildung auf dem Gebiet des Arbeitsrechts, Referent: Kollege Bappert-Berlin. 4. Die Aufgaben der Reichsfektion Chemie, Referent: Kollege Bappert-Berlin. 5. Bericht des Reichsfektionsleiters, Referent: Kollege Reiferscheid-Köln. 6. Die Stellung der Betriebsräte bei der Ueberwachung der Betriebsproduktion, Referent: Kollege Holwid-Ludwigshafen Betriebsrat der B. A. S. F. 7. Wahl eines Beiratsmitgliedes. — Soweit die offizielle Mitteilung. Wir müssen unserer Vermutung, ausgerechnet Dr. Striemer über die Aufgaben der Betriebsräte referieren zu lassen, schon Vorstudien verleihen und bedauern aus sachlichen Gründen diese Wahl.

Verband der Monatsverdienstlichen und Helferrinnen. Dienstag, abends 8 Uhr, Monatsversammlung in den Musiker-Sälen, Kaiser Wilhelmstr. 31. Gen. Moses hält einen sachwissenschaftlichen Vortrag. U. S. P. D.-Fraktion des Siemenskonzerns. Montag, 27. März, morgens 6 1/2 Uhr, bei Sundheim bestimmt Flugblätter abholen.



Noch können Sie günstig kaufen!

Seit unserer letzten Preiserhöhung sind Löhne und Gehälter ganz bedeutend gestiegen und noch ist kein Ende abzusehen. Wir müssen also leider auch unsere Verkaufspreise hinaufsetzen. Doch wollen wir die erhöhten Preise erst am 5. März in Kraft treten lassen, bis dahin gelten noch unsere jetzigen billigeren Preise. Wir machen unsere werte Kundenschaft darauf aufmerksam, damit sie von dieser Vergünstigung Gebrauch machen kann.

Table with 2 columns: 'Art' and 'ab 5. März'. It lists prices for various types of glasses: 'Bl-Bläser', 'Optik-Bläser', 'Sanktorf-Bläser', and 'Sankstop'.

Die Preise für Brillen, Kneifer und andere Artikel werden im ähnlichen Verhältnis erhöht.

30 Geschäfte in Berlin, Hamburg, Düsseldorf, Basel.

Optiker Ruhnke

- List of branch locations: C Spittelmarkt, W Friedrich-Str. 103, SW Belle-Alliance-Str. 4, NW Friedrich-Str. 150, N Chaussee-Str. 72, N Friedrich-Str. 106, Jussufden-Str. 164, Jussufden-Str. 117, O Frankfurter Allee 24, SO Oranien-Str. 44, S Kottbuser Damm 10, Charlottenburg, Zeugnis-Str. 12, Sandhofen-Str. 2, Sankt-Nikolaus-Str. 21, Wilmersdorf, Dorotheen-Str. 13-15, Spandau, Dönhofs-Str. 14.

Der große Frühjahrs-Verkauf in der KVG

beginnt am Montag, den 27. Februar

Beachten Sie bitte die Ausstellung in unserer Zentrale

Herren-Anzüge prima Verarbeitung, moderne Formen 1050 ⁰⁰ 1007 ⁵⁰ 750 ⁰⁰ 550 ⁰⁰ 450 ⁰⁰
Herren-Anzüge prima Gesellenarbeit, auf Reißhaar und Leinwand gearbeitet 1844 ⁰⁰ 1657 ⁵⁰ 1475 ⁰⁰ 1275 ⁰⁰ 1250 ⁰⁰
Herren-Hosen aus schwarzem Militärtuch, in allen Größen 125 ⁵⁰
Herren-Hosen aus grauem Militärtuch 140 ⁰⁰
Herren-Hosen gestreift 185 ⁰⁰ 165 ⁰⁰ 145 ⁰⁰
Herren-Schlüpfer Covercoat, Gabardine u. and. mod. Stoffe 1531 ⁵⁰ 1845 ⁰⁰ 1250 ⁵⁰ 1100 ⁰⁰
Herren-Joppen aus warmen Stoffen 165 ⁰⁰ 125 ⁰⁰
Burschen-Anzüge in allen modernen Farben und Macharten 653 ¹⁵
Damen-Kleider gestreift Leinen 178 ⁵⁰
Damen-Kleider aus Woll- stoffen 585 490 472 ⁵⁰ 371 300 ⁰⁰
Damen-Blusen Flanell 70 ⁰⁰ schwarz Kloth ... 148 ⁰⁰
Damen-Blusen gestreift Leinen 128 ⁰⁰
Damen-Röcke aus Wollstoffen 180 ⁰⁰ 142 ⁰⁰ 132 ⁰⁰
Damen-Röcke Cheviot, Gabardine 295 ⁰⁰
Damen-Mäntel Covercoat 1040 ⁰⁰ 975 ⁰⁰ 607 ⁵⁰ 588 ⁵⁰
Damen-Mäntel Tuch 1235 ⁰⁰ 1137 ⁵⁰ 1080 ⁰⁰ 905 ⁰⁰
Damen-Mäntel farbig 875 ⁰⁰ 776 ⁰⁰ 650 ⁰⁰
Mädchen-Kleider Schotten Gr. 50 85 ⁷⁵ 55 94 ⁰⁰ 60 108 ⁷⁵ 60 92 ⁵⁰ 65 115 ⁵⁰ 100 ⁷⁵ 70 129 ⁵⁰ 113 ⁷⁵ 75 132 ⁷⁵ 122 ⁵⁰ 80 131 ²⁵ 85 145 ²⁵ 90 154 ⁷⁵ 95 159 ⁷⁵ 100 171 ⁵⁰

Einsegnungs-Anzüge Gr. 9 575 ⁰⁰ 450 ⁰⁰ 10 625 ⁰⁰ Gr. 10 500 ⁰⁰ 11 695 ⁰⁰ 565 ⁰⁰
12 775 ⁰⁰ 620 ⁰⁰ 36 885 ⁰⁰ 685 ⁰⁰ 38 950 ⁰⁰ 750 ⁰⁰ 40 995 ⁰⁰ 825 ⁰⁰ 42 1075 ⁰⁰ 900 ⁰⁰ 43 1150 ⁰⁰ 975 ⁰⁰
Einsegnungs-Kleider 475 ⁰⁰ 472 ⁵⁰ 371 ⁰⁰ 300 ⁰⁰ 262 ⁵⁰ 248 ⁰⁰
Backfisch-Jumper 97 ⁰⁰ 78 ⁰⁰
Kinder-Anzüge Gr. 0 143 ⁷⁵ 1 149 ⁵⁰ 2 155 ²⁵ 3 161 ⁰⁰ 4 174 ⁰⁰ 5 180 ⁰⁰ 6 186 ⁰⁰ 7 203 ²⁵ 8 212 ⁵⁰ 9 222 ⁰⁰
Herren-Hemden 39 ⁵⁰ 27 ⁰⁰
Herren-Unterhosen 36 ⁵⁰ 23 ⁰⁰
Damen-Hemden mit Stickerei .. 78 ²⁵ 76 ⁰⁰ 67 ⁵⁰ 56 ⁰⁰
Damen-Beinkleider 67 ⁷⁵
Knaben-Hemden Batist Gr. 50 6 ¹⁵
Mädchen-Hemden Batist Gr. 50 5 ¹⁰
Mädchen-Hemden Batist Gr. 60 6 ³⁵
Damen-Unterröcke weiß, m. Stickerei 93 ⁷⁵ 74 ²⁵ 67 ⁷⁵
Mädchen-Hemden Altmaterial, Gr. 45 6 ³⁰ 50 7 ⁸⁵ 60 9 ²⁵ 70 10 ⁶⁵ 80 11 ⁹⁵
Handtücher grau Drell 13 ⁰⁰
Herren-Socken braun 16 ⁵⁰
Herren-Socken grau 16 ⁵⁰ 14 ⁸⁵ 14 ³⁵ 10 ⁸⁰ 8 ⁵⁰
Herren-Socken verschiedene Farben, prima Qualität 32 ²⁰

Damen-Strümpfe schwarz, deutsch lang 8 ⁵⁰
Damen-Strümpfe schwarz u. braun, engl. lang 28 ¹⁵ 18 ⁵⁵
Damen-Strümpfe schwarz Makko 40 ⁰⁰ 37 ⁸⁰ 34 ⁰⁰ 32 ⁷⁰ 30 ⁷⁰
Damen-Strümpfe schwarz und weiß 29 ⁵⁰
Damen-Strümpfe schwarz Flor, prima Seidengriff 44 ⁴⁵
Kinder-Strümpfe schwarz Wolla, Gr. 3 13 ¹⁵ 4 17 ⁰⁰ 5 19 ⁴⁰ 15 ³⁵ 6 16 ³⁵ 7 17 ⁴⁰ 8 19 ⁵⁵ 11 21 ⁵⁵
Kinder-Strümpfe schwz., Baum- wolle, Gr. 1 12 ⁴⁵ 2 13 ³⁰ 3 15 ¹⁵ 9 ⁵⁵ 4 10 ¹⁵ 10 ⁵⁰ 16 ⁵⁰ 5 10 ³⁵ 11 ²⁰ 17 ³⁵ 6 11 ⁷⁵ 19 ²⁰ 7 12 ⁵⁵ 20 ⁵⁵ 8 13 ³⁵ 21 ⁰⁰ 9 14 ⁰⁵ 23 ²⁵ 10 14 ⁸⁵ 24 ⁰⁰ 11 15 ⁶⁵ 26 ⁰⁵
Kinder-Strümpfe grau von 2 ⁰⁰ bis 3 ¹⁵
Flanell hell und dunkel 27 ⁵⁰
Dirndl-Stoffe 41 ⁷⁵ 42 ²⁵ 45 ⁰⁰
Herren-Stiefel 28 ⁵⁰ 24 ⁵⁰ 16 ⁵⁰
Burschen-Stiefel 26 ⁰⁰
Damen-Stiefel 26 ⁵⁰ 22 ⁵⁰ 18 ⁵⁰ 16 ⁵⁰
Damen-Halbschuhe 26 ⁸⁰ 16 ⁵⁰ braun 32 ⁵⁰
Kinder-Stiefel Gr. 27/30 88 ⁰⁰ 120 ⁰⁰ 31/35 98 ⁰⁰ 105 ⁰⁰ 110 ⁰⁰ 125 ⁰⁰ 137 ⁵⁰ 155 ⁰⁰
Kinder-Filzschnall.-Schuhe Gr. 27/30 14 ⁵⁰ 31/35 16 ⁵⁰
Damen- u. Herren-Lederhauschuhe 9 ⁵⁰
Kinder-Ledersandalen ... Gr. 27/30 36 ⁰⁰ 31/35 46 ⁰⁰
Turnschuhe m. Chromsohle Gr. 27/30 66 ⁰⁰ 31/35 79 ²⁰ 36/43 102 ⁰⁰
Turnschuhe mit Ledersohle Gr. 36/43 108 ⁰⁰

Mengenabgabe vorbehalten

Verkauf an alle Einwohner Groß-Berlins

KVG Kleider-Vertrieb G. m. b. H. KVG

Hauptgeschäft: Kommandantenstraße 80-81
2. Verkaufsstelle: Osten, Warschauer Straße 33
3. Verkaufsstelle: Lichtenberg, Frankl. Allee 32
4. Verkaufsstelle: Neukölln, Berliner Str. 47-48
5. Verkaufsstelle: Norden, Müllerstraße 181
6. Verkaufsstelle: Wilmersdorf, Gieselerstr. 1-7

Hermann Engel

Landsberger Str. 85, 86, 87.

Extra billiger Verkauf sämtlicher
Schnelderei u. Kurzwar, aller Art.
Seidenbrunnen, 1 cm. breit, Mtr. 2,00 M. -
Wasche, Armbrüster, Paar 1,25 M. - Putz-
Kostüm, 2 St. 90 Pf. - Wasch-Trennung
Mtr. 30 Pf. - Prima Korsettverschleißer Paar
1,90 Pf. - Büchelschnitt all. Farb. Mtr. 2,40 M.

Warten Sie nicht mit den Anschaffungen für Frühjahr und Sommer sondern kaufen Sie jetzt!

Es muß Ihnen in der heutigen schweren Zeit daran gelegen
sein, Ihr Geld gut anzulegen,

daher bitte kommen Sie! Großer Frühjahrs-Saison-Eröffnungs-Verkauf in wunderbarer Modell-Frühjahrs- u. Sommer- Konfektion u. Modell-Hüten.

Tuch- und Affenhaut-Mäntel × Seiden- und Tuch-Capes mit Applikationsdekorationen verziert ×
Covercoatmäntel × Elegante englische Covercoat- u. Tuchkostüme, Ersatz für Maß × Elegante
französische Kostüme mit Ajour- u. Lochstickereien × Entzückend gestrickte Sport- u. Straßen-
kleider × Wundervolle Nachmittagskleider in Wolle u. Seide mit Crêpe-Georgette kombiniert ×
Neueste Washkleider aus glatten, gestreiften und gemusterten Voiles, Froitté, Wollmusselin,
Sala, Organdy × Neueste Kleideröcke, Bräutes und Morgenöcke × Modellblusen × Hand-
gestickte Washblusen mit echten Motiven × Modell-Hüte

Covercoat-Jacken , die große Mode 398 M.	Reinw. Nachmittagskleider mit Büch. 275 M., 198 M.
Covercoat-Mäntel , 110 cm lang 498 M.	Feinste Popeline-Kleider in vielen mod. 425 M.
Covercoat-Mäntel , 120 cm lang 698 M., 598 M.	Feinste dunkelbl. Wollkleider 598 M., 498 M.
	Elegante Tall-Tanzkleider 498 M., 398 M.
	Woll- u. Kunst. Trikotkleider 998 M., 598 M.
	Fesche Jungmädchen-Washkleider 225 M., 198 M.
Frühjahrsjoppenmäntel in versch. neuen mod. Farben 845 M.	
Marengo-Frühjahrskostüme , aus gestr. feiln. Verarb. 975 M.	
Praktische Kleideröcke 156 M., 78 M.	

Neueste Frühjahrsstoffe für Damen-Kostüme und Mäntel Meter 165.-
150.- 125.- M. * 140-150 cm breite Reintwollene Herrenstoffe, marine-
blau und für Damenmäntel, Mtr. 165.- 145.- M. * 140 cm breite Herren-
stoffe Mtr. 110.- 98⁵⁰ 85.- M. * Herrenstoffe in modernstem Geschmack u.
guten Qualit. Mtr. 250.- 225.- 200.- M. * 100 cm br. Froittés, weiß u. farbig,
Mtr. 110.- M. 110 cm br. Vollwoles in hellen u. dunkl. Mustern Mtr. 87⁵⁰ M.

Großer Wäsche- u. Tischzeug-Aussteuer-Verkauf

Brautleute, junge Ehepaare, sparsame Hausfrauen!

Lassen Sie die Gelegenheit zum Einkauf von ganzen Wäsche- und Tischzeug-Aussteuern und zur
Ergänzung nicht vorübergehen, es ist nicht voranzusehen, welche Steigerungen die Preise
noch erfahren können.

Großer, außerordentlich billiger Verkauf

von Teppichen, Läuferstoffen, Bettvorlagen, Möbelstoffen, Tischdecken, Bettdecken, Diwanddecken,
Reisedecken, Gardinen, Stores.



Sweater Wolla M. 27 ⁰⁰	Herren-Socken gute Qualität M. 10,00, 4 ⁰⁰ 8,50, 6,50
Ueberziehjäckchen für Damen, reine Wolle M. 89 ⁰⁰	Strümpfe für Damen und Kinder M. 5 ⁷⁵
Damen-Hemden mit langen Ärmeln, feines Gewebe M. 20 ⁰⁰	Damen-Strümpfe schwarz u. farbig, vor- stgl. Qual. I. M. 27,00
Herren-Hemden wollmisch, vorstgl. Qualität M. 60 ⁰⁰	Damen-Schlupfhöschen in modernen Farben M. 45 ⁰⁰
Herren-Hemden grau, Trikot, sehr haltbar M. 37 ⁵⁰	Damen-Reformhosen blau, schwere Ware, Gr. 60, M.
Herren-Unterhosen festes Trikotgewebe M. 12 ⁰⁰	Unterwesten mit Kapok wattiert, mit und ohne Ärmel M. 35 ⁰⁰
Herren-Unterhosen normal in allen Größen M. 34 ⁰⁰	Herren-Hosen in guten Qualitäten von M. 85 ⁰⁰
Herren-Unterhosen Pa. Körper-Nessel M. M. 45 ⁰⁰	Feldgraue Militärhosen von M. 148 ⁰⁰ an
Serviteurs weiß M. 8 ⁵⁰	Militär-Drellhosen reinleinen, in ganz vor- stgl. Qualit. M. 75 ⁰⁰
Schleifen schöne Muster M. 1 ⁰⁰	Herren-Ulster haltb. gute Qualität von M. 175 ⁰⁰ an
Schals für Herren und Damen, reine Wolle, K-Seide M. 65,00, 54,00	Winter-Anzüge aus Manchester od. engl. Leder, mit schwer. Futter, Schutz gegen streng Frost von M. 390 ⁰⁰ an
Herren-Handschuhe Wolle gestrickt M. 8 ⁷⁵	Winter-Anzüge modern verarbeitet, halt- bare Qualität M. 450 ⁰⁰
Damen-Handschuhe Trikot, schwere Qualität M. 17 ⁵⁰	Herren-Litewken aus Buckskin von M. 110 ⁰⁰ an
Herren-Stepp- u. Filzhüte in modernen Farben und Formen M. 68,00, 52,00	Drellanzüge schwere Ware, gut ver- arbeitet M. 150,00, 140,00
Stutzen Wolle M. 17 ⁰⁰	Monteur-Anzüge b. an, außerordentlich billig M. 121,00, 90,00
Hosenträger Gummiwand u. Lederteilen M. 17 ⁵⁰	

Tuche 140 cm breit, vorzügliche Qualität, blau und schwarz, für Anzüge und Damenkostüme gerignet Mtr. M. 150,00, 120,00	105 ⁰⁰
Pelzjoppen und Fahrpelze mit Kanis gefüttert M. 80,00, 60,00,	300 ⁰⁰
Engl. Offiziersmäntel in braunellierter Farbe, aus dickem, wetterfestem und wasserdichtem Wollstoff, mit wollosem Leibfutter M.	575 ⁰⁰
Herren-Litewken lock- und rüffel, in braun, blauen und schwarzen Farben M.	49 ⁰⁰

BAER SOHN

Berlin nur Chausseestr. 29/30

Anm. Unsere Angebote sind stets freibleibend
Aufträge von außerhalb werden in der Reihenfolge des Einganges ausgeführt